

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementpreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Jeder Berufskollege muß Verbandsmitglied sein! Keiner darf mehr abseits stehen!

Das Recht auf Arbeit.

Die Idee des Rechts auf Arbeit ist schon alt. Sie wird von fortschrittlichen Männern seit Jahrhunderten gelehrt und gepredigt. Unter ihrem Motto wurden blutige Revolutionen ausgefochten, Staaten und morsche Kulturen zum Wanken gebracht. Sie fehlten nicht in den Programmen weltgeschichtlicher Epochen. Und wenn wir in diesen Tagen den Gedenktag der Märzrevolution feierlich begangen haben, so dürfen wir uns daran erinnern, daß auch vor 80 Jahren um diese Idee in den Straßen von Paris und Berlin Blut geflossen ist. In den Parteiprogrammen seit Gotha war und ist eine Forderung unter dieser Formel nicht mehr zu finden. Solange die Produktionsmittel sich in den Händen der Besitzenden befinden, kann ein Zustand, wo das Recht auf Arbeit garantiert ist, nicht verwirklicht werden oder leicht zu einem Zwang zur Arbeit führen, den wir natürlich ablehnen müssen. Dennoch birgt diese Idee einen berechtigten Kern. Mit dem Recht auf Arbeit ist das Recht auf Unterhalt verbunden. In den neuesten sozialpolitischen Gesetzen, namentlich in dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat der Grundgedanke der obigen Forderung seine gesetzliche Verankerung erhalten.

In den ältesten Zeiten des Menschengeschlechts stand die Pflicht zur Arbeit an erster Stelle. Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen! lehrte die Kirche gemäß dem Fluche, den Gott dem aus dem Paradiese verjagten Adam nachgerufen haben soll. Im Zeitalter der Sklaverei war der Zwang zur Arbeit zur harten grausamen Last geworden. Die Zunftzeit kannte das Recht auf Arbeit nur für diejenigen, die im Bereich der Zünfte lebten. Für andere sollte Erwerb und Arbeit ausgeschlossen sein. Es sei denn, sie konnten außerhalb der Zünfte für Arbeit verwendet werden.

In der Philosophie des ausgehenden Mittelalters und der frühkapitalistischen Zeit wird die Idee des Rechts auf Arbeit des öftern formuliert und vertreten. In dem längst vergriffenen Buche „Arbeit und Kultur“ hat der Genosse Karl Frohme ein vielseitiges Material hierzu zusammengetragen. Ausgangspunkt des 18. Jahrhunderts, als die große französische Revolution sich bereits durch Wetterleuchten bemerkbar machte, hat der Franzose Turgot, ein Minister Ludwigs XVI., bereits Reformideen entwickelt, in denen unter andern folgende Gedanken vorkamen: „Gott hat das Recht zu arbeiten zum Eigentum jedes Menschen gemacht, und dieses Eigentum ist das erste, das heiligste und unverjährbarste von allen ... Das Recht zu arbeiten ist ein natürliches Recht, dessen Verletzung weder die Zeit, noch die öffentliche Meinung, noch die Verordnungen der Landesgewalt rechtfertigen können.“ Es braucht kaum gesagt zu werden, daß in den Verfassungen der Revolutionsregierungen und namentlich in der berühmten „Erklärung der Menschenrechte“ das Recht auf Arbeit näher zu umschreiben und zu verwirklichen versucht wurde. Die Pflicht des Staates, für die Unterhaltung des Arbeitslosen zu sorgen, wurde ohne weiteres anerkannt. So hieß es in dem einleitenden Teil der Verfassung von 1791: „Es soll eine allgemeine Hilfsleistung ins Leben gerufen werden, um verwahrloste Kinder zu erziehen, arbeitsunfähige Mensch“ zu unterstützen und gesunden Armen, die keine Arbeit haben, solche zu verschaffen.“

Und in der Erklärung der Menschenrechte, die hauptsächlich von Robespierre verfaßt wurde, hieß es im Artikel 10: „Die Gesellschaft ist verpflichtet,

ES WERDE!

Lenzwind streichelt schlummernde Kelme wach,
Sonne entzaubert bunte Gebilde,
Munterer plaudert blankes Gortiesel im Bach,
Seliges Ahnen veratmen Wald und Gehölz,
Licht flutet über die Erde:
Es werde!

Kräfte, gebunden, streben entbunden empor,
Säfte, die sich zu Farben entlalten,
Klänge, Gesänge schwellen zu jubelndem Chor,
Schäumend stürzt Leben, um neu zu gestalten
Die winterverkümmerte Erde:
Es werde!

Menschen, vom Alltag bedrückt, weiten die staubige
Wandern hinaus, den Tau des Wunders zu trinken.
Herzen entströmen Bronnen kindlicher Lust,
Fröhliches Grüßen, Lachen und Winken —
Freudige Ruhe über der Erde:
Es werde!

Erde — sie werde! Neues, Schönes erstand,
Finsternis wich dem lebenweckenden Lichte,
Brüder, steht auf! Erde ist euer Land,
Beleuchtet die Fackeln ihrer Geschichte,
Damit die künftige Erde
Himmel werde!

Victor Kallmowich.

für den Unterhalt ihrer Mitglieder zu sorgen, indem sie ihnen entweder Arbeit verschafft, oder den Arbeitsunfähigen die Existenz sichert.“ So fand die Idee des Rechts auf Arbeit in der Literatur der damaligen Zeit mannigfaltigen Niederschlag. Die französische Revolution versuchte, sie in die Praxis zu überführen.

Selbst in dem reaktionären Preußen versuchte man, dieses mit der Entwicklung der kapitalistischen Industrie immer dringender werdende Problem zu lösen. Im preussischen Landrecht vom 1. Juni 1794 hieß es im Titel 19, Teil II: „§1. Dem Staat kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen und ihn auch von andern Personen, die nach besondern Gesetzen dazu verpflichtet sind, nicht erhalten können. §2. Denjenigen, denen es nur an Mitteln und Gelegenheit fehlt, ihren Unterhalt selbst zu verdienen, sollen Arbeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten gemäß sind, angewiesen werden.“ In den weiteren Bestimmungen werden Zwang und Strafen angedroht, wenn jemand durch „Trägheit oder Liebe zum Müßiggang“ sich seiner Pflicht der Selbstunterhaltung entzieht. In den nachfolgenden Jahrzehnten wirkten viele kluge und mutige Männer, die den rauhen Boden des Absolutismus für die Saat der Freiheit zu beackern versuchten. Johann Gottlieb Fichte zog aus der Naturrechtslehre Rousseaus die Konsequenz, wenn er in seinem im Jahre 1797 erschienenen „Naturrecht“ sagte: „Es ist ein absolutes, unveräußerliches Eigentum eines jeden Menschen, daß er von seiner Arbeit leben kann.“ Daß die sogenannten Utopisten, die Vorläufer des wissenschaftlichen Sozialismus, weiter gingen, darf nicht

verwundern. Hören wir nur einen von ihnen, nämlich Charles Fourier: „Jeder Mensch muß zu seinen Landesleuten sagen können: ich bin auf diesem Boden geboren; ich verlange Zulassung zu allen Arbeiten, die hier ausgeführt werden, und die Garantie, die Früchte meiner Arbeit zu genießen; ich verlange im Voraus die nötigen Mittel zur Arbeit und zu meinem Unterhalt für das Recht des Diebstahls, das mir die einfache Natur gab ... Wir haben Jahrhunderte über die Menschenrechte gefaselt, ohne daran zu denken, das allerwesentlichste anzuerkennen: das Recht auf Arbeit, ohne das die andern nichts sind.“

Die Erhebungen im Jahre 1848, namentlich die Februarrevolution in Frankreich, sollten die Idee des Rechts auf Arbeit wieder der gesetzlichen Verwirklichung näherbringen. Die Bekanntmachungen und Entwürfe hierzu atmen bereits einen fortschrittlichen Geist. Von den leidenschaftlichen Reden in der konstituierenden Versammlung nur eine Stelle: „Die Freiheit der Arbeit ist ein Recht und das Recht für alle; also kann die Freiheit der Arbeit nur das Recht der Arbeit sein.“ Die von Louis Blanc empfohlenen Nationalwerkstätten waren ein praktischer Versuch des Staates, den Bürgern Arbeit zu verschaffen. Er ist bekanntlich gescheitert. Die Arbeiter- und Gesellenkongresse der deutschen Märzrevolution befaßten sich ebenfalls mit dem hier zur Verhandlung stehenden Problem, wenn sie auch nicht zu einer soch entschiedenen Stellungnahme kamen als die Franzosen. In der Frankfurter Paulskirche erklärte zum Beispiel ein Redner: „Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit. Es ist ein Naturrecht, und ein Naturrecht steht fest, es ist unverrückbar und kann durch menschliche Gesetze nicht abgeändert werden.“ Zu Beschlüssen ist es in der Nationalversammlung von 1848 nicht gekommen, sämtliche diesbezügliche Anträge wurden abgelehnt.

Während der „glorreichen“ Zeit Bismarcks hat die Idee des Rechts auf Arbeit einmal im Parlament eine Rolle gespielt. In der Reichstagsstimmung vom 9. Mai 1884 wurde über die Verlängerung des Sozialistengesetzes verhandelt. Bismarck äußerte sich in diesem Zusammenhang über die Arbeiterfürsorge unter andern folgendermaßen: „Geben sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist, sichern sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern sie ihm Versorgung, wenn er alt ist — wenn sie das tun und nicht über Staatssozialismus schreiben, dann glaube ich, daß die Herren vom Wädener Programm (sozialdemokratischer Parteitag auf Schloß Wädener in der Schweiz 1880) ihre Lockpfeife vergebens blasen werden.“ Auf Vorhaltungen des Abgeordneten Eugen Richter erwiderte Bismarck: „Ich erkenne ein Recht auf Arbeit unbedingt an und stehe dafür ein, solange ich auf diesem Platz sein werde. Ich befinde mich dabei nicht auf dem Wege des Sozialismus, sondern auf dem Boden des preussischen Landrechts. (Die betreffende Stelle wurde oben angedeutet.) Ist es nicht in unsern ganzen sittlichen Verhältnissen begründet, daß der Mann, der vor seine Mitbürger tritt und sagt: ich bin gesund, arbeitslustig, finde aber keine Arbeit, berechtigt ist zu sagen: gebt mir Arbeit! und daß der Staat verpflichtet ist, ihm Arbeit zu geben?“ Bismarck hat aber nichts zur Verwirklichung dieser seiner Worte getan, er ist auch niemals wieder auf dieses von ihm proklamierte Recht auf

Rüstet überall zur Frühjahrsagitatiön!

Arbeit zurückgekommen. Es waren leere Redensarten, darauf berechnet, den Aufstieg der Arbeiterbewegung zu hemmen.

Wie sieht es nun heute mit dem Recht auf Arbeit aus? Auch die neue Zeit, mit ihren großen sozialpolitischen Erfolgen, hat das Recht auf Arbeit, wie es meistens aufgefaßt wird, nicht verwirklichen können. Dazu bedarf es einer vollständigen Umwandlung der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Aber das Recht auf Versorgung ist den deutschen Arbeitern gegeben worden. Nicht mehr auf Armenunterstützung ist der Arbeiter heute mehr angewiesen. Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gibt den Arbeitern neben Pflichten auch unumstößliche Rechte. Die Arbeitsvermittlung ist den einseitigen Interessenverbänden entwunden und unter die maßgebende Mithkontrolle der Arbeiter gestellt worden. Die Idee des Rechts auf Arbeit hat durch dieses Gesetz vorläufig einen gewissen Abschluß gefunden. Doch neben dem wächst der Einfluß der öffentlichen Hand auf das Wirtschaftsleben immer mehr. Betrachtet man die Nationalwerkstätten Louis Blancs mit den Riesenbetrieben des Reiches, der Staaten und Gemeinden von heute, so ist auch hier ein Wandel von gewaltiger Bedeutung eingetreten. Einer großen Anzahl von Menschen kann durch diesen Einfluß auf das Wirtschaftsleben ein Recht auf Arbeit gesichert werden. Nicht juristisch verankert zwar, aber der praktischen Verwirklichung näher gerückt. Das Recht auf Arbeit ist somit in Deutschland aus dem Bereiche verschwommener Theorien herausgenommen und in gewissen Vorstufen verwirklicht worden. Diesen Erfolg können die Gewerkschaften für sich in Anspruch nehmen.

Das große Erwachen.

Der Ostermorgen der Menschheit.

Von Dr. Gustav H o j m a n n.

In der ganzen Geschichte seines Werdens hat der Mensch bisher individuell gedacht, alles von sich aus betrachtet, den einzelnen über das Ganze gestellt; und so sah er auch zeitlich nur klein, betrachtete er das Leben zeitlich mit dem Maßstabe seines eigenen kurzen Erdenlebens. Das Entstehen des organisierten Lebens bedankens hat in diesen großen Jahrzehnten auch den Blick für Zeit geweitet, hat uns hinaus-schauen lassen über das Kleine und Kurze in das Große, in die Epoche, und wir betrachten mit einem univetsalen historischen Blicke die Welt.

Karfreitag. Gewiß, auch ein einzelner hatte ihn, hat ihn noch heute. Leider nur zu oft. Nur zu oft haben wir Tage der Trauer, der Arbeitslosigkeit, der Krankheit, des Unfalls, des Todes. Nur zu oft sind wir verzweifelt, sehen wir nichts als Dunkelheit gebreitet um uns; kein Strahl eines Lichts, kein Funke einer Hoffnung leuchtet. Und dennoch

überwinden wir immer wieder den Tag und feiern ein Aufstehen aus der Verzweiflung, und wie die Menschen Karfreitag und Ostern feiern, Jahr für Jahr, so wiederholen sich auch im alltäglichen Leben des einzelnen immer wieder Schwere und Freude, Beklemmung und Atmen, Nacht und Licht.

Doch wenn wir über dieses Geschehen im Kleinen hinaus den Blick erheben und historisch schauen, in Epochen betrachten, was sehen wir dann? Karfreitag, einen langen Karfreitag der Welt. Ein ewiges Leiden der Masse, ein ewiges Opfer des Volks. Sein Kreuz trug das tätige, wirkende, schaffende Volk. Immer. Mochte ein einzelner auch frohe Tage erleben, mochte manchem einzelnen vielleicht stets nur ein gütiges Schicksal begegnet sein: seit Volk ist, trägt Volk in seiner Gesamtheit sein Kreuz — für andere.

Bedeutig? Ach, ja; leider nur sehr, und wenn einmal Stunden der Erkenntnis und Verzweiflung kamen, im Altertum, im Mittelalter, wenn einmal ein revolutionärer Zug durch die Geschichte ging: die Geschichte nahm ihn auf und ging über ihn hinweg, als sei nichts geschehen. Karfreitag blieb. Die Stunden des Weltentages vergingen nur langsam, nur zu langsam für viele, wie immer die Stunden nur langsam zerrinnen, wenn sie schwer und hart und bitter sind.

Doch nun geht dieser Karfreitag der Menschheit seinem Ende zu. Fühlt ihr es nicht, wie es anders wird? O s t e r n ist im Werden!

Gewiß, der einzelne, er leidet auch heute noch, nur zu sehr. Doch schaut das Leben auch hier im ganzen an! Seht einmal über die einzelne Not hinaus das Wesen dieser geschichtlichen Stunde: Volk ist erwacht. Was früher nur klein war, ist groß geworden. Worüber die Geschichte früher hinwegging, da steht sie jetzt still. Da kann sie jetzt nicht mehr hinweg, ohne zu schreien mit der Masse.

Und warum? Weil diese Masse Macht hat, Gewalt und Kraft. Weil sie organisiert ist. Weil sie verbunden ist in Kampfverbänden, und weil alle Kampfverbände wiederum verbunden zu einem gewaltigen gewerkschaftlichen Bunde sind. Und weil alle gewerkschaftlichen Bünde der Welt wieder vereint sind zu einer internationalen Kämpfermasse aller Schaffenden des Erdenballs.

Tausende waren es noch vor Jahrzehnten. Hunderttausende wurden es bald. Und dann Millionen, allein in Deutschland. Und Millionen in der Welt. Der Tag schreitet. Die Geschichte geht ihren Weg. Den Weg, den Masse bestimmt.

Da, in diesem Schreiten der Masse liegt unser Osterglaube. Trotz aller einzelnen Not steigt der Gedanke auf: Arbeit sei frei! Menschheit sei glücklich!

Habt teil an diesem großen Erwachen, Brüder! Wir sind die Kraft.

Fühlt ihr nicht, wie es graut, ihr Schwestern, wie da aus euch, der Masse, die Osterlampe der Freiheit wird?

Seid stark im Verbande!

Werbet für ihn!

Denn in ihm schreitet die Geschichte vorwärts zur großen Auferstehung all dessen, das Mensch ist.

Die Spritztechnik im Baualergewerbe.

Die sich mehrenden Versuche, der Spritztechnik auch im Baualergewerbe einen breiteren Boden zu schaffen, sind von unsern Kollegen mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Die wachgerufenen Widerstände richten sich aber weniger gegen die Spritztechnik an sich, als vielmehr gegen die mit ihr verbundenen wirtschaftlichen und ganz besonders den gesundheitlich nachteiligen Begleiterscheinungen. Um über den Umfang der schon betriebenen Spritztechnik genaueres zu erfahren, ist von unserm Verbandsvorstand eine kleine Umfrage veranstaltet worden, über deren Ergebnis zusammengefaßt im nachfolgenden berichtet werden soll.

Vorweg sei gesagt, daß noch einige große Filialen mit ihren Meldungen im Rückstand sind und somit unser Ergebnis kein abschließendes ist. Die eingegangenen Berichte geben aber dennoch Anhaltspunkte genug, um gewisse Rückschlüsse ziehen zu können. Ohne Zweifel steht fest, daß im Laufe des Jahres 1927 die Spritztechnik auch im Baualergewerbe ganz erhebliche Fortschritte machen konnte, da annähernd 50 Betriebe sich dauernd des Spritzapparates bedienen. Das ist eigentlich mehr als wir erwarteten, dazu kommt noch, daß eine ganze Anzahl von Betrieben sich noch verkehrsweise mit dem Spritzapparat beschäftigt. In 9 Betrieben spritzt man auch Fassaden, allerdings mit wechselndem Erfolg. Fast in allen Betrieben aber spritzt man Innenräume, Türen, Heizkörper, Möbel und in Spezialbetrieben auch Eisenkonstruktionen, Brücken usw. Je nach dem Objekt oder Zweck werden Öl-, Leim- oder Kalkfarben verwendet. Bedenklich ist, daß in einigen Fällen auch Bleifarben, wie Mennige und Bleiweiß, und an andern Stellen Bronze-farben gespritzt wurden. Mit aller Entschiedenheit muß gegen ein derart leichtsinniges und unverantwortliches Umgehen mit der Gesundheit unserer Kollegen protestiert werden. Die Mehrzahl der Betriebe mußte trotz der verhältnismäßig kurzen Zeit seit der Einführung der Spritztechnik über erhebliche Gesundheitsstörungen berichten. Schuhmaschinen, die auch nur einen unvollkommenen Schutz bieten, waren nur in dem kleineren Teil der Betriebe vorhanden. Dabei ist unbestreitbar, daß bei der Unvollkommenheit der Spritzapparate, besonders der im Malergewerbe verwendeten, stets eine starke Nebelbildung eintritt, für eine Abtattung aber nirgends gesorgt ist. Die Folgen zeigen sich dann stets in Reizungen der Atmungsorgane und Verschmutzungen des Körpers und der Bekleidung. In keinem Falle sind Gerüstkonstruktionen durch die Ausübung der Spritztechnik beeinflusst worden. Mehrfach hat man im Gegenteil sogar auf jedes Gerüst verzichtet und die Spritzarbeit von Anlegelatern ausgeführt. Die Gefahr des Abstürzens ist in solchen Fällen besonders groß, da die Handhabung mit dem Spritzapparat auf der Leiter die Beweglichkeit des Arbeiters stark einschränkt. Selbst wenn es zutreffen sollte, daß zur Bedienung des Spritzapparates immer die gleichen Personen herangezogen werden und fast ausschließlich gesehene Arbeiter sind, so ist die Gefahrenquelle bei Arbeiten unter so primitiven Verhältnissen doch bedeutend größer, als bei einem regulären, von Gerüst aus vorgenommenen Anstrich. Auch die an einigen Orten den Spritzern gezahlte besondere Zulage kann hierin keinen erträglichen Ausgleich schaffen.

Einen sehr überzeugenden Beweis für die noch vorhandenen Mängel der Spritztechnik gibt uns die im „Maler“ Nummer 9 zum Abdruck gelangte Schilderung eines Eisenbahnbrückenanstrichs. Wenn auch nicht in allen Fällen die Verhältnisse so ungünstig liegen und zu so schlechten Resultaten führen, so ist doch aus einer Reihe anderer Aufschriften zu entnehmen, daß einer durchaus rationalen Ausnutzung der Spritztechnik im Malergewerbe noch ganz erhebliche Schwierigkeiten im Wege stehen. Im „Maler“ Nummer 7 zeigt uns eine Mitteilung aus Mannheim, daß auch unsachgemäß kon-

Leclair und sein Werk.

Während seines Aufenthaltes zum Internationalen Gewerkschaftskongress im August vorigen Jahres in Paris erhielt Leclair eine Einladung der bekannten Firma Leclair, deren Gründer aus seinem Betriebe schon vor mehr als 30 Jahren das Bleiweiß vollständig verbannt. Kollege Leclair konnte die ausgezeichneten Anlagen dieses größten Pariser Betriebes, der durchschnittlich etwa 500 Gebläsen beschäftigt, eingehend besichtigen. Aus den ihm zur Verfügung gestellten Fachschriften über die Entwicklung des heute in Form einer Gesellschaft mit Beteiligung des händigen Leiters der Gesellschaft seit 1826 bestehenden Betriebes drucken wir nachfolgend einen Auszug ab. Bemerkenswert ist, daß Leclair auf einem öffentlichen Plage in Paris in einem lebensgroßen Bronceplastbild ein Zentrum errichtet ist, auf dem seine Verdienste um die Gesundheit der Arbeiter durch die Beseitigung des Bleiweiß aufgeschrieben sind.

Um über die Entwicklung der Firma Leclair (gegründet 1826) und ihre Bedeutung in der Frage der sozialen Besserstellung der Arbeiter ein richtiges Bild zu gewinnen, wollen wir vorerst einige biographische Notizen über die Persönlichkeit des Gründers geben, die übrigens zugleich am besten über das Werden dieser Firma unterrichten.

Eder-Jean Leclair wurde als Sohn eines armen Dorfschuhmachers in Nij-sur-Armançon im Departement Yonne am 21. Mai 1801 geboren. Er verläßt die Volksschule mit 10 Jahren, wo er nicht viel mehr als Lesen und Schreiben gelernt hat, und wird zunächst Hirtenjunge. Darauf ist er nach-gepander Maurerlehrling, Erntearbeiter, Drechsler. Eines Tages steht er Erntearbeiter, die mit ihm von Nij nach dem Hauptort gekommen waren, die Kutsche nach Angere re-Regen; er schließt sich ihnen an, um sein Glück in der Welt zu versuchen.

Eines Tages ist er in Paris, wo ihn der Zufall Malerlehrling werden läßt. Er rührt Farben, schiebt den Malerkarren und besorgt Wege. Als Lohn hat er ein Stück Brot morgens, 15 Centimes für Frühstück und Mittag, das Abendessen und ein Lager für die Nacht bei seinem Meister. Er verdient 1 Frank mehr pro Halbmonat, 100 Frank Gratifikation im ersten Jahr, 200 Frank im zweiten Jahr, 300 Frank im dritten, als Verarbeiter bei Kost und Wohnung. Mit 20 Jahren ist er ein guter Arbeiter und verlangt kurz und bündig von seinem Arbeitgeber 350 Frank pro Tag, ohne Kost. Dieser Betrag ein — In einem Jahre hat der junge Leclair es mög-

lich gemacht, 600 Frank zu ersparen, um sich vom Militärdienst loszukaufen.

Als von Natur begabter Mensch sagt er sich, daß er seine Fähigkeiten entwickeln muß, wenn er weiterkommen will. Er liest viel und sucht sich zu bilden. Mit 22 Jahren verheiratet er sich. Bald wird er Dekorationsmaler und verdient 6 Frank, dann 8 Frank pro Tag.

Mit 26 Jahren etabliert er sich als Maler und Glaser (das Maler- und Glasergerwebe ist in Frankreich miteinander verbunden) in einem bescheidenen Laden in der Rue Cassette, mit 300 Frank Jahresmiete. Er besitzt selbst nur ein Kapital von 1000 Frank. Trotzdem wagt er es, zwei Jahre später, sich bei einer Ausschreibung für eine Arbeit im Werte von 20 000 Frank zu bewerben. Es handelte sich um die Anstreicharbeiten von 7 Neubauten in der Rue Bourg-l'Abbé. Man hält ihn für verrückt. Aber nichts kann ihn wankend machen. Er be-gibt sich ans Werk, bietet seinen Arbeitern 5 Frank Lohn statt 4 Frank, arbeitet mit ihnen, reißt sie mit und bringt es fertig, die Arbeiten in der gestellten Frist zu vollenden. Er erzielt einen Reingewinn von 6000 Frank bei dieser Arbeit.

Dieser Erfolg brachte ihm Glück. Mehrere Architekten gewinnen Interesse für ihn und gegen 1830 arbeitet er schon für reiche Hausbesitzer und Behörden. 1834 mietet er ein größeres Lokal in der gleichen Straße und zählt bald zu seiner Kundschaft zwei Ministerien, die Banque de France und mehrere Eisenbahngesellschaften.

Jetzt ist die Grundlage für eine fruchtbare Weiterentwicklung seines Unternehmens geschaffen. Er ist von der Kundschaft wegen seiner Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit geschätzt. Er hat im Laufe der Zeit die Lücken seiner ersten Bildung ausgefüllt und der Weg zum Wohlstand ist ihm geöffnet. Von nun an beginnt er darüber nachzudenken, wie er das Los seiner Arbeiter bessern kann. — Er begnügt sich nicht damit, seine Arbeiter moralisch zu heben, indem er sie zur Mäßigkeit und Ordnung zu erziehen sucht, er will auch wirtschaftlich ihre Lage bessern.

Gründung eines Hilfsvereins 1838.

Die Verwendung des Bleiweißes, die für die Maler so schwere gesundheitliche Schädigungen mit sich bringt, hatte auch für die Arbeiter Leclaires ihre unheilvollen Folgen. Le-

clair, der im Jahre 1832 an Cholera gelitten hatte und die Schmerzen anderer miffühlen konnte, schuf für seine Arbeiter 1838 einen Hilfsverein mit Monatsbeiträgen, der im Falle der Krankheit Arztkosten und Medikamente bezahlte. Zunächst hatte er mit dem Widerstand der Arbeiter zu kämpfen, doch er gab nicht nach. Außer der Erleichterung der physischen Leiden sah er in der Schaffung dieses Vereins noch ein anderes Resultat: „Der Hilfsverein“, so schrieb er 1850, „ist ein mächtiger moralischer Faktor. Er ist ein lebendiger Kursus des öffentlichen Rechts. Seine Mitglieder, daran gewöhnt, sich den verschiedenen disziplinarischen Vorschriften des Vereinsreglements zu unterwerfen, lernen einsehen, daß Ordnung und Sicherheit im Interesse aller nur dann möglich sind, wenn sich der einzelne vor dem Gesetz beugt.“ Und weiter schrieb er: „Der Hilfsverein ist sozusagen die Mutter der Pensionskassen.“

Doch erst 1861, zwanzig Jahre nach der Gründung des Vereins, gelingt es Leclair, die Mitglieder des Vereins zur Annahme seiner Ideen über die Arbeiterpensionen zu bewegen, die ihnen ein sorgenfreies Alter sichern sollen.

Schaffung der Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten (1842).

Das große Werk Leclaires ist die Organisation des Systems der Beteiligung in seinem Betrieb, das den normalen Lohn durch einen Anteil am Gewinn erhöht und gestaffelt, bessere Arbeitsleistung und größere Gewinne zu erzielen und die Zukunft der Arbeiter sicherzustellen. Leclair hat als erster dieses System erfolgreich zur Anwendung gebracht. Er wollte seine Arbeiter vor dem Elend im Alter schützen, indem er für sie mit Hilfe der Gewinnbeteiligung eine Pensionskasse schuf. Die Entlassung der alten Arbeiter, die die Uebernahme eines Betriebes durch den Geschäftsnachfolger gewöhnlich mit sich bringt, hat ihn immer auf das tiefste ergriffen. Er spricht 1865 davon in bewegten Worten in einem seiner „Berichte“, die er von Zeit zu Zeit den Kunden seiner Firma zuzusenden pflegte:

„Das Wort Kundschaft, wie es heute gebraucht wird, hat einen eigenartigen Bedeutungswandel erfahren. Man bedient sich seiner, als wenn es die Etikette einer

Jedes neue Mitglied erhöht die Kraft der Organisation!

frühere Apparate unsere Kollegen in Lebensgefahr bringen können. Und eine andere im „Maler“ Nr. 12 enthaltene Darstellung aus einem Magdeburger Betriebe weist auf neue Schwierigkeiten bei der Verwendung des Sprühapparates im Malergewerbe hin. Vor allem aber werden die Schwierigkeiten in der Schaffung eines ausreichenden Gesundheitsschutzes bestehen. Während in geschlossenen Räumen, in Lackierereien zum Beispiel, die Abgasung der Farbnebel durch stationäre Apparate verhältnismäßig leicht zu erreichen ist, besteht diese Möglichkeit bei Bauten und Fassaden nicht. Hier müßte man sich beweglicher Erbauatoren bedienen, die ihrerseits wieder als Antrieb motorischer Kräfte benötigen. Luftzug, den man auf Baulen ja leicht erzeugen kann, genügt zur Beseitigung der Farbnebel keineswegs, bringt außerdem die Gefahr von Erkältungskrankheiten stets mit sich. Ebenso wenig können Schutzmasken der verschiedenen Systeme als wirksames Schuttmittel angesehen werden. Masken können stets nur für vorübergehenden Gebrauch in Frage kommen, da infolge der starken Nebelbildung die Gläser bald undurchsichtig werden und oft gereinigt werden müssen.

Aber auch das Sprühmaterial selbst verdient aufmerksame Beobachtung. So wird uns aus Nürnberg berichtet, daß bei Sprüharbeiten, die in einem Kino mit Bronzefarben ausgeführt wurden, 2 Kollegen ohnmächtig zusammengebrochen sind. Mangel an einer Abgasanlage einerseits und andererseits die zum Anrühren der Bronzefarbe verwendete Flüssigkeit, die in ihrer Zusammenfassung unbekannt blieb, waren die Ursachen. Obwohl in diesem Falle Schutzmasken getragen wurden, wurde noch stundenlang nach der Arbeit Bronzefarbe aus den Luftröhren ausgeworfen und auch über Magenstärkungen geklagt. Unser Verlangen, die Uebelstände abzustellen und mit der Sprühtechnik erst dann zu beginnen, wenn alle Krankheitsverhütungsmaßnahmen getroffen sind, ist vollst. berechtigt und findet eine starke Stütze in dem Ergebnis unserer Umfrage.

Armut der Nationen.

Der schwedische Nationalökonom Professor Gustav Cassel sieht in den Monopolen der Gewerkschaften die wesentlichste Hemmung für die Entfaltung der Produktionskräfte. Aus einem tiefen Pessimismus heraus schreibt er über die „Natur und die Ursachen der Armut der Nationen“, ausgerechnet in einer Zeit, wo die technischen Neuerungen sich jagen, wo die wirtschaftlichen Leistungen sich beständig erhöhen und wo der überquellende Reichtum an Produkten aller Art die Märkte sprengt. Man kann es verstehen, wenn der Heidelberger Professor Doktor E. Lederer hierzu ausruft: „Welche Härte und Strenge liegt schon in dem Titel des Memorandums Gustaf Cassels! Welche Predigt der Askese ist dieses theoretische Traktat!“

In der Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft“ Nr. 51, 1927, beschäftigt sich Professor Lederer sehr eingehend mit den Casselschen Ausführungen. Der instruktive, zwölf Spalten lange Aufsatz mit seinen vielen reichen Gedanken wird um so besser seinen Zweck erfüllen, wenn er auch in der Gewerkschaftspresse besprochen wird, soweit das möglich ist.

Professor Cassel vertritt die Ansicht, daß die monopolistischen Gewerkschaften der modernen Industrieländer Lohnsenkungen erzwingen, durch die im großen Stil Arbeitslosigkeit entsteht. Erst die Arbeitslosenunterstützung mache diese Gewerkschaftspolitik möglich. Wir müßten härter und länger arbeiten, um so leben zu können, wie wir es tun. Unser Produktionsapparat sei noch immer unzulänglich ausgerüstet.

Der Pessimismus hindert Professor Cassel daran, die großen technischen Revolutionen zu sehen, in denen sich die

Weltwirtschaft seit dem Kriege befindet, hindert ihn daran, zu sehen, wie sehr der Nugeffekt der menschlichen Arbeit und die Weltproduktion gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sind. Er sieht nicht, wie hoch das mögliche Sozialprodukt von heute und wie die durchschnittliche Kopfquote ist, die von den Gewerkschaften „erzwungen“ wird.

Professor Cassel gibt zwar zu, daß auch monopolistische Zusammenschlüsse der Produzenten für die Gesamtheit „keine greifbaren Vorteile“ hätten, wenn sie lediglich die Preise erhöhen und den Weltmarkt beherrschen wollten, wodurch ermöglicht würde, daß eine schlechte Organisation und eine unfähige Führerschaft in der Wirtschaft erhalten bliebe. Er sieht wohl, daß die Kartellmacht minderwertige Arbeit schützt und unnötige Kapitalausgaben begünstigt. Aber entscheidend produktionshemmend sollen doch die hohen Löhne und die kurzen Arbeitszeiten wirken, denn die Nachteile des Kartellwesens hebt der Freihandel wieder auf. Hierzu bemerkt Professor Lederer: „Das ist nicht der Fall bei Produktionen, die Frachtschutz genießen, wie Kohle und zum Teil Eisen; ferner kann bei freiem Handel die Organisation trotzdem ihre Preispolitik treiben, wenn sie durch das Mittel des „ausschließlichen Verbandsverkehrs“ die Abnehmer an der Ausnutzung der Weltchancen hindert; auch können internationale Vereinbarungen die freihändlerische Politik wirkungslos machen.“

Die Nachteile der Monopolmacht der Produzenten würde allerdings der Freihandel zum Teil wieder aufheben, wenn wir ihn hätten. Da wir aber weitgehenden Zollschutz haben, wirken Monopolpreise oft produktionshemmend.

Politische Gewerkschaften im Sinne Cassels, die Monopolhöhen schaffen können, haben wir, wie Professor Lederer ganz richtig sagt, in Deutschland gar nicht. Die Reallohne sind im allgemeinen nicht nennenswert höher als die Friedenslöhne, oft sind sie sogar niedriger. Wenn aber bei schwach steigendem Reallohn sich gleichzeitig die Arbeitslosigkeit ganz bedeutend verringert, dann beweist das, daß die Casselsche Behauptung nicht stimmen kann. Steigende Löhne sollen ja Arbeitslosigkeit erzeugen. Es wird auch nicht stimmen, daß die Steigerung der Löhne die Steigerung der Arbeitsleistung bedeutend überflügelt hat, wie Professor Cassel meint. „Offenbar ist die Produktivität rascher gestiegen als die Löhne gestiegen sind“, sagt Professor Lederer. Und wenn in letzter Zeit von der deutschen Wirtschaft zu hohen Zinssätzen Auslandskapital angeliehen wurde, dann spricht das auch gegen die Casselsche These; denn es beweist, daß trotz angeblich zu hoher Löhne Betriebsgewinne erzielt wurden und die Betriebsausdehnung sich lohnt. Wenn die Löhne, wie Professor Cassel behauptet, zu hoch wären, dann hätte die Rentabilität der Unternehmungen sinken müssen. Sie ist aber gestiegen, und zwar, wie bestimmt angenommen werden darf, bedeutend mehr als die Löhne. Im Gewerkschaftsarchiv macht Dr. S. Völter darauf aufmerksam, daß sich das deutsche Volkseinkommen erhöht hat. Es fehlen zwar genaue statistische Unterlagen, aber aus der Entwicklung der Einkommen-, Körperschafts- und Kapitalertragssteuer ergibt sich die nationale Einkommenserhöhung. Im Jahre 1926 betrug die Einnahme des Reiches aus der Einkommensteuer 29, aus der Körperschaftsteuer 186 und aus der Kapitalertragssteuer 10,5 % mehr als 1925. Die Dividende, die gezahlt wurde, stieg von 1925 bis 1926 bedeutend. Die die wirtschaftliche Forschungsstelle Berlin mitteilt, zahlten 1924 von 168 deutschen Aktiengesellschaften 47, 1926 67,8 bis 10 % Dividende. Die Zahl der Aktiengesellschaften, die über 10 % Dividende ausschütten konnten, erhöhte sich von 1924 bis 1926 sogar um mehr als das Dreifache. Wenn man berücksichtigt, daß sowohl die Steuerzahlen, die hier genannt sind, als auch die Di-

videndenzahlen mit Zweifel und Vorsicht zu betrachten sind, weil die Wirtschaft stets bemüht ist, günstige Geschäftsergebnisse zu verheimlichen, darf man wohl erst recht davon überzeugt sein, daß die Betriebsgewinne stärker gestiegen sind als die Löhne. Solange die deutsche Volkswirtschaft noch vervollkommenet werden muß, um konkurrenzfähiger zu werden, mag es gerechtfertigt werden können, daß die Kapitalansammlung die zeitgemäße Lohnentwicklung beeinträchtigt. Aber auch nur so lange. Was hat selbst der Reparationsagent gesagt. An sich muß man fordern, daß das Sozialprodukt in erster Linie zur Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Masse verwendet wird. Das ist nicht nur gerecht und billig, sondern auch wirtschaftlich vernünftig und vorteilhaft.

Die Tatsachen widerlegen die Casselschen Theorien. Wenn Achtfundentag und Lohnsenkungen den inneren Wiederaufbau der europäischen Wirtschaften gebremst und Arbeitslosigkeit verursacht hätten, dann ist es auffallend, daß die Volkswirtschaften trotzdem so schnell wieder erstarben. Professor Lederer führt darüber etwa folgendes aus: Es sind überall außerordentlich geringe Quoten des Sozialproduktes als Löhne verbraucht worden. Der Produktionsprozent dehnte sich aus. Es ist nicht angebracht, von der „Armut der Nationen“ zu sprechen. Die Nationen sind in ihrer Produktionskapazität über das Niveau des Jahres 1913 hinausgegangen. Es wird im ganzen und pro Kopf der Weltbevölkerung erheblich mehr produziert als vor dem Kriege. Wäre der Anteil der Löhne am Sozialprodukt zu hoch, was ja an sich möglich sein könnte, dann wäre der Wiederaufbau der Wirtschaften und ihre technische Verbesserung unmöglich gewesen. Dann wäre auch die Kapitalansammlung in der Produktion unterblieben. Unsere Geld- und Kreditpolitik muß verhindern, daß sich das Preisniveau über das des Auslandes erhebt. Ohne Kapitaleinfuhr wäre der Zinssatz noch wesentlich höher. Wenn steigende Löhne nicht durch Mehrproduktion ausgeglichen werden, werden die Gewinne sinken, wodurch die Investition von Kapital zurückgeht und der Arbeitsmarkt sich verschlechtert. Keine Arbeitslosenunterstützung wäre infolge, ein solches tatsächlich „zu hohes“ Lohnniveau wachsende Investitionen, und zwar nicht nur ausländischen, sondern auch inländischen Kapitals. Wir sehen eine wachsende Spartätigkeit und demgemäß Kapitalbildung. Wir sehen wachsende Ueberschüsse, die investiert werden. Wir sehen Rationalisierungen großen Umfangs. Wir „zählen nicht vom Kapital“, wie es der Fall sein müßte, wenn die Löhne zu hoch wären.

Es ist volkswirtschaftlich einerlei, ob die Kapitalbildung durch die Spartätigkeit der Lohn- und Gehaltsempfänger vor sich geht, oder durch die Akkumulation der Unternehmer. Es würde sich bei einer Lohn- und Gehaltshöhe, die die Spartätigkeit verstärkt, nur der Besitz am gesellschaftlichen Kapital verschieben. Die Höhe des gesellschaftlichen Kapitals würde nicht verändert werden. Die Verteilung in der Volkswirtschaft würde sich in der Richtung einer Demokratisierung ändern. Professor Lederer bemängelt die Einseitigkeit der Casselschen Ausführungen, der auch von diesen Entwicklungsmöglichkeiten gar nicht spreche. Gerade eine solche Entwicklung müssen wir aber doch alle wünschen. Sie brächte uns auf den Weg, der wirtschaftlich, sozial und kulturell aufwärts führen würde. Die Lohn- und Gehaltsempfänger, die 80 % des Volkes umfassen, können verlangen, daß eine solche Entwicklung unterstützt wird.

Professor Lederer schreibt dann: „Von welcher Seite man auch den Gedankengang Cassels betrachtet, man erkennt, daß er in einer geradezu unbegreiflich einseitigen Art übersehen, wie sehr Lohnsenkungen zunächst in der Volkswirtschaft nur Verschiebungen in der Verteilung des

Warc wäre, deren Besitzer man zu sein behauptet und die man gut und gerne verkaufen kann. So stellt denn jeder Unternehmer, wenn er Vermögen erworben hat und sich vom Geschäft zurückziehen will, eine Liste seiner sogenannten Kunden auf. Obenan stellt er die am besten klingenden Namen und dann unterbreitet er die Liste dem, der sein Nachfolger werden will. Er weist auf die Gewinne hin, die er von diesem oder jenem Kunden bei den Arbeiten erzielt. Kurz, man einigt sich über den Preis der Kundschaft und legt die Termine für die Zahlungen fest.

Der Nachfolger erwirbt seinerseits Vermögen, verkauft wieder die „Kundschaft“ an einen andern usw. Der neue Arbeitgeber behält die guten Arbeiter und Angestellten, die noch gesund und kräftig aussehen. Doch diejenigen, deren Alter nur im geringsten eine Verminderung der Arbeitskraft verrät, werden unerbittlich entlassen. Jeder Nachfolger handelt in gleicher Weise. Es gibt offenbar keinen Grund, weshalb man anders vorgehen sollte. Eine solche Entlassung stellt aber für den betroffenen Arbeiter einen furchtbaren Schlag dar. . . . Von diesem Tage an bekommt er die traurige Erkenntnis, daß er überall, wo er um Arbeit angeht, zunächst nach seinem Gesicht und seiner Haltung beurteilt wird, und daß er zu alt ist, um seine Arbeit gut zu verrichten.

Was wird dann aus diesen braven und geschickten Leuten, die unlängst noch die Stärke und den Stamm des Betriebes darstellten, die auf ein Wort, ein Zeichen hin wußten, was ihr Meister wollte? Was wird dann aus diesen ergebenen Mitarbeitern des Chefs, durch deren Hilfe die schwierigsten Aufgaben lösen konnte und die durch ihr Beispiel die Arbeiter, die nur vorübergehend bei der Firma arbeiteten, zu Emsigkeit und Eifer zwangen? . . .

Was könnte man für diese Leute tun, die einst die Elite des Betriebes waren, die den Kunden oft mit ihrem Namen bekannt waren und mit denen diese in vielen Fällen lieber als mit dem Meister selbst zu tun hatten? . . .

Leclair erinnert dann daran, daß er selbst Arbeiter war und aus eigener Erfahrung die Arbeit und die Arbeiter gründlich kennt. Er sagt er:

Mit 17 Jahren bin ich in der großen Stadt gelandet, wo ich das Meißer des Malers erlernt habe. Ich habe dabei

gehört, was man Gutes und Schlechtes über die Meißer redet und habe manche Unterhaltung mit angehört, wo diese oder jene Arbeiter über die Besitzenden sprachen, ich habe aber auch die guten Gefühle schätzen gelernt, von denen die Masse besetzt ist.

Man kennt den Arbeiter nicht genug. Um ihn richtig kennenzulernen, muß man selbst Arbeiter gewesen sein und vor allem dessen auch eingedenk sein. Denn viele glauben, von dem Tage an, wo sie es nicht mehr sind, aus anderm Fleische und Blute zu bestehen als ihre früheren Arbeitskollegen.

Nachdem ich selbst Chef geworden war, habe ich nicht vergessen, was ich mit angefehen hatte, als ich noch Arbeiter war. Ich habe mich der Entbehrungen erinnert, die der Lohnarbeiter sich auferlegen muß, um seinen täglichen Lebensbedürfnissen gerecht zu werden und bei Arbeitslosigkeit und Krankheit einen kleinen Notpfennig zu haben.

Ich habe mich ferner dessen erinnert, daß es dem Arbeiter, der fast immer seine alten Eltern zu unterstützen oder Kinder zu ernähren hat, unmöglich ist, von seinem täglichen Lohn auch nur die geringste Ersparnis für das Alter zu machen.

Ich konnte den Gedanken nicht loswerden, daß an dem Tage, wo ich mich zurückziehen würde, die ständigen Arbeiter, die mit mir zusammen alt geworden sind, nicht das gleiche würden tun können und daß mein Nachfolger mit ihnen das machen würde, wovon ich oben sprach.

Leclair beginnt Schriften über nationalökonomische und soziale Fragen zu studieren. Er hört von den Reformvorschlügen, die in der damaligen Zeit auftauchten. Er beschreibt selbst, wie im Jahre 1835 ihm die Idee der Gewinnbeteiligung der Arbeiter durch einen höheren Polizeibeamten namens Frégier nahegebracht wurde, der Leclair öfter aufsuchte, um sein Material über die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer für sein Buch über „Die gefährlichen Klassen der Bevölkerung der großen Städte und die Wege zu ihrer Besserung“ (Paris, bei Bailière 1840, 2 Bände) zu bereichern.*

Leclair hält diese Idee zunächst für undurchführbar und zögert lange, ehe er ihr nähertritt. Doch das Wort, das Leclair 1835 durch einen Mann zugetrieben war, der sich viel-

leicht selbst nicht über die Tragweite dieses Wortes im klaren war, blieb im Geiste Leclairs haften. 5 oder 6 Jahre danach hat sich Leclair die Idee so zueigen gemacht, daß er diese nach langen Erwägungen über die Art der Ausführung in die Tat umsetzt.

Leclair hatte auf seinem Wege unter anderm stark mit dem Mißtrauen einiger seiner Arbeiter und mit Schwierigkeiten durch die Behörden zu kämpfen. Einige Rückblicke sind hier unerlässlich. Von der Gründung der Firma an hatte Leclair jederzeit durch Gratifikationen und Extralöhne den Eifer und die Zufriedenheit der Arbeiter zu erhöhen versucht. Nach der behördlichen Genehmigung und der Gründung eines Hilfsvereins im Jahre 1838 richtete er im Januar 1839 ein Rundschreiben an seine Arbeiter, in dem er die strikte Ausführung eines neuen Betriebsreglements empfahl. „Ein jeder von Ihnen“, sagt er darin, „muß sich darüber klar werden, daß ich nicht meinen persönlichen Vorteil im Auge habe.“ Er kündigt an, daß von nun an die Betriebsleiter einen Extralohn von 2 Franken, die Vorarbeiter 50 Centimes, die seit 2 Jahren beschäftigten Arbeiter 25 Centimes Extralohn haben sollen.

Bevor Leclair im Jahre 1838 die Genehmigung zur Gründung seines Hilfsvereins erteilt war, hatte die Behörde eine genaue Enquete über den Charakter dieser Gesellschaft und über den durch ihren Gründer angestrebten Zweck veranstaltet. Der Bericht der Polizeipräfektur sprach sich über Leclair wie auch über seine Arbeiter außerordentlich günstig aus. Im Juni 1840 ersuchte Leclair, der einen Arbeiterstamm für seine Gewinnbeteiligungspläne schaffen wollte, um die Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung seiner Arbeiter in seinem Geschäftsalokal in der Rue Cassette. Er erhielt die Genehmigung, und die Versammlung fand daraufhin mit einer Beteiligung von 80 bis 90 Arbeitern statt. Der Bericht der Polizeipräfektur vom 28. Juni 1840 stellt fest, daß die Versammlung in größter Ruhe und Ordnung verlaufen ist.

* Wertwürdigerweise scheint Frégier, der nach Leclairs wiederholt gegebener Versicherung diesen zuerst mit der Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeiter befreundete, einige Jahre danach völlig seine Meinung geändert zu haben; denn in dem genannten 1840 erschienenen Werk verurteilt er kategorisch jede Beteiligung der Arbeiter am Unternehmen. (Fortsetzung folgt.)

Zur Mitarbeit ruft der Verband alle Verbandskollegen!

Sozialprodukts bewirken. Schon Ricardo hat gegen die Irrtümer der Praxis gekämpft, wonach jede Lohnerhöhung mit einer Preiserhöhung gleichbedeutend sei. Das trifft offenbar nur dann zu, wenn die Gesamtgeldmenge in der Volkswirtschaft steigt, wenn also, in Geld ausgedrückt, bei gleichem Produktionsvolumen größere Geldumsätze gemacht werden können. Ist das nicht der Fall, so muß jede Lohnerhöhung zunächst die Gewinne herabsetzen. Sie muß zur Rationalisierung anspornen, sie muß die organische Zusammenfassung der Betriebe beeinflussen. Sie wird nicht mechanisch zur Arbeitslosigkeit und zur Krise führen, sondern die Volkswirtschaft wird sich irgendwie diesen erhöhten Löhnen anzupassen trachten, was am besten durch Steigerung der Produktion bei verbessertem Produktionsapparat geschehen kann. Diese Möglichkeiten streift Cassel nicht einmal. Für ihn ist es ausgemacht, daß die Lohnerhöhung der Produktionssteigerung bloß nachfolgen dürfte; für ihn ist es unzweifelhaft, daß die Produktionssteigerung auch ohne Zwang durch Lohnsteigerung oder Arbeitszeitverkürzung aus dem Profitstreben des Kapitals erfolge. Er erkennt nicht an, daß auch Kostensteigerungen zum Motor des technischen Fortschritts werden können, obwohl die Wirtschaftsgeschichte voll von Beispielen dafür ist, daß der Unternehmer oft gerne traditionell-gemüthlich weiterarbeitet, wenn er nicht zum Fortschritt gezwungen wird. Darum bricht der Gedankengang bei Cassel überall dort ab, wo die Entwicklung einleuchtet; ja, er behandelt in der Tat die gesamte kapitalistische Wirtschaft, als ob sie ein statisches System wäre."

Die Rohstoffproduktion der Welt vermehrt sich viel schneller als die Weltbevölkerung. Das wäre nicht möglich, wenn die Löhne zu hoch wären, so hoch, daß sie Arbeitslosigkeit und die „Verarmung der Nationen“ herbeiführen müßten. Jede Mehrverarbeitung von Rohstoffen bedingt eine Mehrzeugung, und umgekehrt jede Mehrzeugung eine Mehrverarbeitung. Aber auch einen Mehrverbrauch. Dieser Mehrverbrauch ist doch nur durch Lohn- und Gehaltssteigerungen zu erreichen, denn eine kleine Zahl von Großverdienern und Großkapitalisten kann ihn nicht herbeiführen.

„Es soll nicht geleugnet werden, daß sich die Produktion noch rascher entwickeln könnte, als sie sich entwickelt, wenn nicht große Hemmungen vorhanden wären“, sagt Professor Lederer. Er sieht solche Hemmungen besonders im Zollschutz und in den Monopolen jeder Art. Aber von einem Niedergang der Weltwirtschaft könne man trotz vorhandener Entwicklungshindernisse nicht sprechen. A. Sch.

Krisen in uns.

Wir kennen sie alle, die Wirtschaftskrisen. Wer hat noch nie unter wirtschaftlichen Krisen zu leiden gehabt? Müßen sie sein? Sind sie unvermeidbar?

Wir sagen, sie seien eine Erscheinung des Kapitalismus, und das sind sie. Denn in einer Ordnung, in der die Wirtschaft von den widerstreitendsten Interessen bewegt wird, da geht es ohne Chaos einfach nicht. So sind die Krisen im Kapitalismus aus dem Wesen des Kapitalismus heraus als kapitalistische Erscheinungen unvermeidlich.

In ihrem echten, eigentlichen Wesen ist die Krise aber ein entscheidender Augenblick in einer Entwicklung. So wie wir beim Verlauf einer Krankheit von einer Krise sprechen, und so oft gar den kritischen Tag kennen, mit dem die Krankheit sich dann wendet. In der Art wird die Krise auch in einer sozialen Ordnung an bestimmten Wendepunkten der technischen Neugestaltung oder ähnlicher Veränderungen vielleicht einmal, wenn auch in schwacher Weise, sich bezeugt vom Ganzen getragen und in ihren Nachteilen auf alle verteilt. Daß da wie in der Krise des Kapitalismus Tausende arbeitslos sind, während andere schlemmen, das ist in einer neuen Ordnung eine soziale Unmöglichkeit.

Weil so die Krise in ihrem gefunden eigentlichen Wesen ein bestimmender Punkt in einer Entwicklung ist, darum lernen wir die Krisen auch an uns selbst und in uns kennen, in der Entwicklung unseres eigenen Ich. Die Entwicklung ist nun einmal nicht gleichmäßig. So wie die ganze Geschichte der Erde Perioden hatte, große Epochen mit Uebergangszeiten, und wie selbst der Fall von festen Körpern zur Erde nachweise, uns allerdings nicht merkbar, sich vollziehen soll, so haben wir auch in unserer eigenen Entwicklung Perioden und Krisen, und von der Ueberwindung der Krisen hängt die neue Epoche unseres Ich ab.

Oft kommen diese Krisen in uns deutlich zum Ausdruck. Jemand etwas machte einen gewaltigen Eindruck auf uns. Jemanden Erleben beschäftigte unsere ganze Gefühl- und Gedankenwelt. Und als Folgeerscheinung gewinnen wir eine Erkenntnis, wachsen wir in unserer Anschauung über die Welt, oder werden wir zurückgeworfen in eine dunkle Welt pessimistischer Auffassung.

Wer hat nicht schon solche Krisen an sich erlebt? Wir sind uns dieser Erscheinungen nur zu wenig bewußt. Ja, wir merken oft nicht einmal, daß da wieder etwas in uns wurde. Es war ein Erwachen ganz unbedeutender Art. Aber viele kleine Erscheinungen machen ein Großes, kaufen schließlich zusammen zu einem neuen Krisen Augenblick in uns.

Und so wurden wir alle und werden wir alle — und jeder nur zu oft heraus aus dem chaotischen Leben da draußen. Das uns packte. Und so werden so viele in ihrem innerlichen Wesen von den toben Einflüssen da draußen mißbildet.

Wenn die wirtschaftliche Krise des Kapitalismus da einen Menschen auf die Straße wirft oder ihn sonst in einschneidender Weise schädigt, so ist das ein Ereignis, und traurig wäre es, wenn es nicht zu denken gäbe. Doch solch ein Ereignis macht oft bloß gegenüber den Zusammenhängen, und es mißbildet die Seele dann oft, und macht sie gereizt, und wir wachsen nicht erwärmt. Dann vertritt sich der Mensch in dieser Krise eines Lebens oft zu dem, das ein Absterben des großen, stolzen, schöpferischen Menschlichen in ihm bedeutet.

Es gilt, gegenüber all dem Roben des Lebens den Menschen zu wecken. Achtet auf die Krisen in euch! Wer wußte hier, wie in uns selbst gegenüber dem, das da

— heute unvermeidlich — immer wieder von außen auf uns drängt.

Der zerrissene, verbitterte Mensch kann nicht zu einem wahren Träger der Freiheit werden. Wenn der Mensch das Ziel ist, der freie Mensch, dann wollen wir ihn retten schon heute. Und das geschieht durch klare Erkenntnis und besonnenen Blick und auch durch ein Aufbäumen der Seele, das sich aber nicht zerrissen auflöst in nichts, sondern zur Blut wird in der gewerkchaftlichen Kampfgemeinschaft, durch die allein eine Ueberwindung der sozialen Nöte wie der ganzen kapitalistischen Ordnung möglich ist.

Die Krise des amerikanischen Arbeitsmarktes.

Nach Meldungen des amerikanischen Statistischen Arbeitsamtes sind in den Vereinigten Staaten gegenwärtig vier Millionen Arbeiter beschäftigungslos. Da in den Vereinigten Staaten keine staatliche Arbeitslosenunterstützung und keine Arbeitsnachweise und deshalb auch keine Arbeitslosenstatistik vorhanden ist, beruhen die Angaben des Arbeitsamtes nur auf Schätzungen, für die allerdings verschiedene Unterlagen vorliegen. So berichten regelmäßig 11 000 Betriebe aus 54 Industriezweigen und mit 3 Millionen Beschäftigten über die Veränderungen in der Zahl der Beschäftigten und der Löhne. Aus diesen Angaben kann man mit einiger Sicherheit auch auf die Zustände in den übrigen Industriebetrieben schließen. Es ist nun außerordentlich lehrreich zu erfahren, wie das Arbeitsamt das Vorhandensein von vier Millionen Arbeitslosen — fast so viel wie im großen Krisenjahr 1921 — festgestellt hat. Als Grundlage nahm man den Beschäftigungsgrad im Jahre 1923, wo bei guter Konjunktur etwa eine Million Arbeiter beschäftigungslos waren. Man nimmt nämlich an, daß bei dem in den Vereinigten Staaten bestehenden häufigen Wechsel der Arbeitskräfte eine Million Arbeitslose ständig, auch in Zeiten der Hochkonjunktur, vorhanden sind. Ende 1927 waren nun eine Million Industriearbeiter weniger beschäftigt als im Jahre 1923 (7 786 688 gegen 8 778 156), außerdem 100 000 weniger Bergarbeiter, 100 000 weniger Eisenbahner, demgegenüber steht eine Zunahme von 300 000 Arbeitern im Baugewerbe; diese Posten ergeben eine Minderbeschäftigung von 900 000 Arbeitskräften gegen 1923. Hinzu kommen aber noch zwei große Heere von Unbeschäftigten. 1 Million Farmer und Landarbeiter, die in der Periode 1923/27 in die Städte strömten, und 3 Millionen Personen, die in dieser Periode in das erwerbstätige Alter traten und auf dem Arbeitsmarkt erschienen (nach Abzug des Abganges durch Tod, Alter oder Arbeitsunfähigkeit). Somit war die Zahl der nicht beschäftigten Arbeitsuchenden 1927 5 900 000. Von diesen Arbeitsuchenden, die in der Industrie oder Landwirtschaft nicht mehr unterkommen konnten, fanden Beschäftigung nach Schätzung des Statistischen Arbeitsamtes:

200 000 in den freien Berufen,
100 000 bei Vergnügungsanstalten,
750 000 beim Verkauf und Bedienung von Automobilen,
200 000 im öffentlichen Dienst,
500 000 im Handel,
100 000 in verschiedenen Beschäftigungen,
zus.: 1 850 000 Personen. Auf diese Weise verbleiben nun etwa 4 Millionen Arbeitslose. Diese Statistik ist außerordentlich aufschlußreich und gibt wesentliche Hinweise für den Charakter der gegenwärtigen Krise des Arbeitsmarktes.

In der Tat ist die jegliche Arbeitslosigkeit eine Krise des Arbeitsmarktes, und zwar infolge der Freisetzung von Arbeitskräften durch die Rationalisierung. Ganz ähnlich wie dies im Jahre 1926 in Deutschland der Fall war, wo gleichzeitig mit einer Belebung der Produktion noch mehr als 2 Millionen Arbeitslose vorhanden waren.

Die amerikanische Produktion ist in der Nachkriegszeit in ungeheurem Ausmaß gestiegen. Seit 1919 stieg nach den Ziffern des Statistischen Arbeitsamtes die Industrieproduktion um 29 %, die Förderung von Erzen um 49 %, die Holzherzeugung um 14 %, die Herstellung von elektrischen Energien um 98 %, die Tonnenbeförderung der Transportmittel um 25 %. Dieses Wachstum der Produktion ging mit einer außerordentlichen Leistungssteigerung der Arbeiter zusammen. Gegenüber 1914 stieg die Stundenleistung des Arbeiters im Jahre 1925 in der Eisen- und Stahlindustrie um 59 %, Schuhindustrie um 6 %, Fleisch- und Konserveindustrie um 27 %, Petroleumraffinerien 83 %, Papierindustrie 34 %, Zementindustrie 61 %, Automobile 172 %, Gummireifen 211 %, Getreidemühlen 40 %, Zuckerraffinerien 28 %. Es gab keine einzige Industrie, wo die Arbeitsleistung pro Kopf der Beschäftigten nicht gestiegen wäre, dagegen konnte in manchen die Stundenleistung verdoppelt oder verdreifacht werden. Die Arbeitsleistung stieg mehr als der Produktionsumfang; gesteigerte Produktmengen konnten mit einer niedrigen Arbeiterzahl hergestellt werden; es kam dauernd zu Arbeiterentlassungen.

In der Zeit der Hochkonjunktur bis Anfang 1927 ist dieser Freisetzungsvorgang in Form der Arbeitslosigkeit nicht in Erscheinung getreten. Zum ersten infolge der Abwanderung der Freigesetzten von der Warenproduktion zu den Dienstleistungen. Aus der oben mitgeteilten Darstellung geht nämlich hervor, daß man in den Vereinigten Staaten infolge der Freisetzung durch Rationalisierung bereits in der Periode der Hochkonjunktur drei Millionen Arbeitslose gehabt hätte, falls der Wohlstand der Bevölkerung es nicht erlaubt hätte, die überschüssigen Arbeitskräfte für verschiedene Dienstleistungen (Sport, Vergnügungsbetriebe, als Kraftfahrer usw.) zu verwenden. Das Jahr 1927 brachte nun zunächst eine Abschwächung der Konjunktur als Folge abflauernder Bauaktivität und geringerer Bestellungen der Eisenbahnen, wie auch die Folge des Rückgangs der

Automobilproduktion (zeitweilige Einstellung der Fordbetriebe, die bei voller Beschäftigung allein 6 % der amerikanischen Stahlproduktion aufnehmen). Dadurch wurde in erster Linie die Eisen- und Stahlproduktion außerdem die Gummiindustrie wie auch die Petroleumindustrie in Mitleidenschaft gezogen; in letzterer herrschte auch aus anderen Gründen eine große Ueberproduktion. Dieses Abflauen der Konjunktur führte zu weiteren Arbeiterentlassungen, ohne daß man deshalb vom Vorhandensein einer Wirtschaftskrise sprechen könnte.

Indessen wird es voraussichtlich auch zu einer Wirtschaftskrise kommen müssen, und zwar aus zwei Gründen: wegen der gegenwärtig geübten Lohnpolitik und wegen des Mangels an staatlicher Arbeitslosenunterstützung. Um zunächst die lohnpolitische Entwicklung zu beleuchten, so muß ein weit verbreiteter Irrtum in bezug auf die hohen amerikanischen Löhne berichtigt werden. In den Vereinigten Staaten waren nur die Reallohn der Facharbeiter hoch, dafür aber die Reallohn der Ungelernten sehr niedrig. Das wurde kürzlich vom Arbeitsminister Davis selbst festgestellt, der die Zahl der ungelerten Arbeiter, deren Einkünfte unter dem Existenzminimum stehen, mit ihren Familien auf 10—15 Millionen Menschen beziffert. Einer vom Arbeitsstatistischen Amt der Vereinigten Staaten kürzlich gemachten Veröffentlichung zufolge betragen die Wochenlöhne der männlichen ungelerten Vollarbeiter bei voller Beschäftigung zwischen 17 und 29,4 Dollar. Bei den hohen Lebenshaltungskosten sind nun diese Löhne sehr niedrig. Die niedrigsten Löhne beziehen die Eisenbahnstreckenarbeiter mit 17 Dollar wöchentlich, ihnen folgen die Arbeiter der Holzindustrie mit 17,77, die der Fleisch- und Fleischkonservenindustrie mit 21,35, der Woll- und Wollwarenindustrie mit 21,98.

Nun hat die Rationalisierung außer der Freisetzung von Arbeitskräften die lohnpolitisch wichtige Folge, daß durch die hochgradige Mechanisierung der Produktion viele Tätigkeiten, die früher nur von Facharbeitern ausgeführt werden konnten, jetzt von ungelerten oder ungelerten Arbeitskräften erledigt werden können. Es wurden in erster Linie Facharbeiter entlassen oder aber mußten diese im mechanisierten Betrieb eine Arbeit, die keine Fachkenntnisse verlangt, übernehmen. Die von der Industrie ausbezahlte Gesamtlohnsumme ist dadurch erheblich gesunken.

Doch hat die so häufig gerühmte amerikanische Lohnpolitik auch in anderer Richtung eine ungünstige Wendung genommen. Seit Abflauen der Konjunktur und Anschließenden der industriellen Reservearmee schreiten die Unternehmer ständig zu Lohnherabsetzungen. Es hat sich gezeigt, daß die amerikanischen Unternehmer dem Prinzip der hohen Löhne, dem sie während der Zeit der Hochkonjunktur gehuldigt haben, bei deren Abflauen sofort untreu geworden sind, woraus man schließen kann, daß sie sich auch zu jener Zeit zu diesem Grundsatz nicht aus Ueberzeugung, sondern unter dem Druck der Verhältnisse bekannten, das heißt unter dem Einfluß des damals noch bestehenden und infolge der Einschränkung der Einwanderung verschärften Arbeitermangels. Als aber unter der Einwirkung der Rationalisierung das Angebot von Arbeitskräften anstieg, senkten die Unternehmer die Löhne, obwohl vom Standpunkt der Volkswirtschaft betrachtet die Beibehaltung der hohen Löhne jetzt eine noch größere Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Konjunktur hätte, als in der Zeit der Hochkonjunktur. Die so verbreitete Annahme, daß die amerikanischen Unternehmer ihre Lohnpolitik allgemein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten unterordnen, erwies sich als eifler Trug. Die Lohnlisten der an das Arbeitsministerium berichtenden Unternehmungen zeigen von Monat zu Monat eine Abnahme der von ihnen ausgezahlten Lohnsummen, die erheblich größer ist als die Abnahme der Beschäftigten. Die auf den Kopf der Beschäftigten entfallende Lohnquote ist ebenfalls erheblich gesunken. Es waren bei den berichtenden 11 000 Unternehmungen im November 1927 6 % weniger Beschäftigte als November 1926, die Lohnsumme war aber um 8 % geringer. Die auf den Kopf der Beschäftigten entfallenden Löhne waren um 2,8 % niedriger. Es ist anzunehmen, daß bei den andern — nicht berichtenden — Unternehmungen die Verhältnisse noch viel ungünstiger liegen. Der Rückgang der in der Volkswirtschaft ausgezahlten Lohnsumme bedeutet aber eine Schwächung der Massenkaufkraft und muß in seiner Folge zu weiterer Arbeitslosigkeit führen. Hinzu kommt noch der Mangel an Arbeitslosenunterstützung, die, falls sie bestände, dem Konsum wenigstens einen Teil der ausgefallenen Kaufkraft wieder zuführen könnte. In der Tat werden als Folge des Kaufkraftrückgangs bereits erhebliche Verschlechterungen auch in der Lage einer Anzahl von Verbrauchsgüterindustrien berichtet, und zwar sowohl in der Lebens- und Genussmittel- wie in der Bekleidungsindustrie. Dabei ziehen die Lohnherabsetzungen einen Konjunkturrückgang vornehmlich in den Fertigungsgüterindustrien, in welchen viel Arbeitsleistung steckt, nach sich, während die Ausgaben dieser Arbeiter für Lebens- und Genussmittel ziemlich unverändert bleiben. Die Ausgaben für die Ernährung werden vornehmlich von den Erwerbslosen eingeschränkt.

Bei den riesigen Kapitalkräften der Vereinigten Staaten braucht eine Krise des Arbeitsmarktes nicht so bald zu einer allgemeinen Wirtschaftskrise zu führen, weil bei dem Wirtschaftsoptimismus der frischfrohen amerikanischen Unternehmer und bei den großen Unternehmergewinnen eine weitgehende Produktion an Produktionsmitteln und an Unternehmergütern möglich ist. In der Tat wird gegenwärtig über die Neubelebung der Eisen- und Stahl- wie der Automobilproduktion berichtet; auch die Eisenbahnen geben neue Bestellungen. Doch muß auch die Herstellung von Produktionsmitteln eine Grenze haben; ist doch deren Sinn und Folge die Zunahme auch der Verbrauchsgüterproduktion. Wenn nun der Mangel der letzteren ins Stocken gerät, so muß dies letzten Endes auch auf die Produktionsmittelindustrien zurückwirken und auch deren Einschränkung nach sich ziehen. So werden auch die hochgradig rationalisierten Betriebe in den

Alle Jungkollegen gehören hinein in den Verband!

Produktionsmittelindustrien, obwohl sie einen gegenüber früher stark gesteigerten Produktionsertrag liefern könnten, ihre Produktion einschränken müssen. Deshalb ist es bei der gegenwärtig verfolgten Politik der Lohnherabsetzungen durchaus möglich, ja wahrscheinlich, daß sich die Nationalökonomikskrise des Arbeitsmarktes zu einer allgemeinen Wirtschaftskrise auswachsen wird. Von Amerika ist die Lehre von der volkswirtschaftlichen Bedeutung hoher Löhne zu uns gekommen. Sie hat sich während der Zeit der Konjunktur als richtig erwiesen; die kommende Wirtschaftskrise wird ihre Richtigkeit erneut beweisen. Nur werden diesmal die Arbeitnehmer die Kosten dieser Beweiszugung tragen.

Müssen wir arm sein?

Von Frig Tarnow*

Jedes Volk hat ein Recht darauf, diejenige Lebenshaltung anzunehmen, die seiner Produktionsfähigkeit entspricht. Keine Bevölkerungsschicht kann diesen Anspruch mit größerem Recht geltend machen als die produktive tätige, die arbeitende Klasse.

Denken wir 20 Jahre zurück, als die Lebenshaltung der breiten Massen im Durchschnitt kaum anders war als heute, und vergleichen wir das produktive Können der damaligen Zeit mit dem der Gegenwart. Das Ergebnis ist die Erkenntnis, daß wir irgendwie betrogen sein müssen um die Früchte unseres gewachsenen Arbeitsvermögens. Das volkswirtschaftliche und soziale Denken unserer Zeit ist aber eingezwängt in die Vorstellung, daß wir ein armes Volk geworden sind, und daß eine herabgesetzte Lebensweise auf lange Zeit hinaus unvermeidbares Schicksal sei. Wir werden aufgefordert, mit Mut und Geduld das Unvermeidbare zu tragen, um durch freiwillige Entagung den verlorenen Besitz wieder herinzubekommen. Während alles wie hypnotisiert auf die Verluste starrt, die durch Krieg und Inflation entstanden waren, wird jedoch ganz übersehen, wie in erstaunlich kurzer Zeit die produktive Wirtschaft diese Verluste schon wieder mehr als eingeholt hat. Alle erlangbaren Daten bestätigen, daß der Produktionsapparat heute größer ist als vor dem Krieg, daß die Zahl der Arbeitshände absolut und relativ gewachsen ist und daß noch viel mehr gestiegen ist die Produktivität sowohl der technischen wie der menschlichen Arbeitskräfte.

„Warum sollen sich denn die Leute Entbehrungen auflegen, wenn es in ihren Kräften steht, weit über den Bedarf hinaus zu produzieren? Das ist aber heute möglich. Unsere industrielle Produktionsfähigkeit übersteigt unsern Bedarf. Die Warenproduktion könnte schon heute mit unsern bestehenden Werken noch ungeheuer vermehrt werden, vorausgesetzt, daß Bedarf vorläge und die Nachfrage effektiv würde. Die Frage: Wie können wir genug produzieren? gibt es heute nicht mehr. Dieses Problem haben wir gelöst. Die Frage lautet heute: Wie können wir das, was hergestellt wird, verkaufen?“

So ruft der amerikanische Wirtschaftsschriftsteller Garrett seinen Landsleuten zu, die doch in unsern Augen schon als wahre Verschwender erscheinen. Jedes seiner Worte paßt vortrefflich auch auf die deutschen Verhältnisse und ist hier noch viel besser angebracht, da ja bei uns nach der herrschenden Anschauung der Mut zum Verbrauch noch als ökonomisches Laster gilt.

Das ist der eine Gesichtspunkt, auf den wir die Aufmerksamkeit lenken wollten, daß die erhöhte Produktionsfähigkeit bei weitem unsern Lebensstandard überschritten hat und daß wir ohne zwingende Not eine armelige Lebenshaltung hinnehmen, die durch die ökonomischen Verhältnisse nicht begründet ist. Der andere ist der, daß die Produktionskräfte, über die wir schon jetzt verfügen und für deren weitere Ausdehnung Grenzen überhaupt nicht zu sehen sind, erst wirksam gemacht und weiter entwickelt werden können, wenn die Absatzventile durch einen vergrößerten Massenkonsum geöffnet werden.

Es scheint das nur eine Selbstverständlichkeit zu sein, die immer schon gegolten hat, solange es eine kapitalistische Warenproduktion gibt. Wird denn nicht produziert um des Absatzes willen und sind denn die Produzenten nicht ohnedem ständig auf der Jagd nach vermehrtem Absatz für die größer werdende Produktion? Keine Vorstellung scheint sicherer fundiert als die, daß nur verbraucht werden kann, was zuvor produziert ist, und daß also immer die Größe der Produktion die Größe des Verbrauches entscheidet. Und doch handelt es sich hier um eine Verwechslung von Ursache und Wirkung. Es ist ja gar nicht der Umfang der vorhandenen Produktionsfähigkeit, der die Produktionsgröße bestimmt, sondern der Absatz ist es. Sieht man von der gewiß auch vorhandenen Wechselwirkung ab, so ist es im Prinzip so, daß der Absatz der Produktion regelt und nicht umgekehrt.

In früherer Zeit konnte dieser Zusammenhang nicht so deutlich in Erscheinung treten. Die Produktivität wuchs nur verhältnismäßig langsam an und ein Produktionsüberschuß über den bis dahin üblichen Marktbedarf konnte auf Lager gelegt werden, bis der Markt sich entsprechend geöffnet hatte. Ganz anders, als das heute und in der Zukunft noch möglich ist, nahm der ständig wachsende Absatz den heimischen Produzenten die Sorge um den Vertrieb der Mehrproduktion ab. Die herrschende Wirtschaftspolitik, die die natürliche Tendenz der Produktionssteigerung durchaus nicht verkannte, konnte sich der Vorstellung hingeben, daß durch eine imperialistische Weltmarktpolitik der Abfluß der Gütervermehrung einigermaßen gesichert werden könne, auch wenn der innere Markt nur langsam und in weiter Entfernung der Produk-

tivität nachhinkte. Man konnte die Produktionsvermehrung hinnehmen, wie sie anfiel, in der Ueberzeugung, daß es hinterher schon gelingen werde, sie irgendwie abzusetzen.

Erst die rapide Steigerung im Tempo der Produktivitätsentwicklung einerseits und die Verstopfung der Absatzkanäle andererseits haben das Absatzproblem, und zwar als eine Angelegenheit des inneren Marktes in den Mittelpunkt der ganzen Wirtschaft gerückt. Die Technisierung der Produktion hat weiter dazu geführt, daß Absatzstörungen viel unmittelbarer und schneller auf die Produktion zurückwirken müssen. Die Drosselung der produktiven Kräfte wegen Absatzmangels ist zu einer Dauererscheinung geworden. Trotzdem arbeiten Tausende von Gehirnen Tag und Nacht an der weiteren Vergrößerung der Produktivität. Was kann es aber nützen, sie steigern zu wollen, wenn die Produktion selbst aus Mangel an Absatz nicht erhöht werden kann?

Wir sind arm, weil wir nicht verstehen, den verfügbaren Reichtum zu benutzen. Wir darben, weil wir uns nicht aufraffen können, so zu leben, wie es unsere Fähigkeit, Lebensbedarf zu erzeugen, entspricht. Mit der angenommenen Entfugung im Verbrauch verstopfen wir selbst die Quellen des Reichtums und lamentieren nichtsdestoweniger über die Armutlichkeit unseres Daseins.

Arbeiten und sparen! das ist eine der sozialökonomischen Morallehren, die der Großvater vom Urgroßvater übernahm und die auch wir als ewige Heilsbotschaft anerkennen sollen, um sie unsern Enkeln zu vererben. Man sollte lieber vom Segen der Verschwendung und vom Fluch der Engherzigkeit im Konsum reden; denn, so paradox das klingen mag: Sparen macht arm und verschwenden macht reich. Das gilt zwar nicht für den einzelnen, um so sicherer aber für die Gesellschaft im ganzen und erklärt sich ganz einfach aus der Tatsache, daß erst der Verbrauch die Reichtumsquellen der Produktion zum Fließen bringen kann.

Im Leben der Gesellschaft bedeutet ersparter Konsum nicht die spätere Verfügungsgewalt über nichtverbrauchte Güter, sondern Nichterzeugung dessen, was man als Reichtum aufzuspeichern gedachte. Wir brauchen uns zur besseren Veranschaulichung nur den Fall zu denken, daß von einem bestimmten Zeitpunkt an jedermann seinen Verbrauch in allen Teilen auf die Hälfte herabsetzen würde. Unter allen denkbaren Folgen einer solchen Aktion wäre keine sicherer als die, daß nun auch die Erzeugung von Konsumgütern um die Hälfte sinken würde. Etwa anzunehmen, daß die dadurch freiwerdende Arbeitskraft für die Erzeugung von Produktionsmitteln verwendet und in dieser Gestalt zur Vermehrung des bleibenden Reichtums führen würde, wäre ein böser Trugschluss. Im Gegenteil müßte die Erzeugung von Produktionsmitteln noch viel weiter zurückgehen; denn für Neuanschaffungen wäre nirgends Bedarf und Ersatz wäre bequemer und billiger aus dem Reservoir der stillliegenden Produktionsmittel zu beziehen. Mit der Halbierung der Produktion wäre aber auch der Wert des gesamten Produktionskapitals entsprechend gesunken. Die vermeintliche Sparaktion würde sich also als der sicherste Weg zur Verarmung erwiesen haben.

Eine Steigerung des allgemeinen Verbrauchs dagegen könnte nur dann zu einer Reichtumsverminderung führen, wenn er dem vorhandenen Besitz entnommen und nicht durch Neuerzeugung ersetzt würde. Wenn aber die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten gestatten, die Gütererzeugung nicht nur um das Quantum des Mehrverbrauchs, sondern darüber hinaus zu steigern, und wenn durch den Mehrverbrauch diese Wirkung auf die Produktion erst ausgelöst wird, so ist er in der Tat eine Quelle der Reichtumsvermehrung. Die gegenwärtige Lage unserer Wirtschaft rechtfertigt den Schluss, daß eine Steigerung des Verbrauchs durch Produktionssteigerungen nicht nur kompensiert, sondern leicht überkompensiert werden kann.

Die Verbrauchssteigerung ist deshalb als der Schlüssel zur Produktionsentfaltung und damit zur Reichtumsvermehrung anzusehen. Wir haben aber auch gefunden, daß der Mehrkonsum in dem erforderlichen Ausmaß nicht möglich ist ohne die Mobilisierung des Massenverbrauchs. In der Erzeugung von Massengütern liegt das Schwerkraft der heutigen Produktionswirtschaft, und erst der Uebergang von der Einzelanfertigung zur Serienfabrikation erzeugt das Wunder der unbegrenzten Produktivitätsentwicklung. Dieser Uebergang ist aber nicht nur sozial, sondern mehr noch technisch bedingt, das heißt, auch wenn die kapitalistische Wirtschaftsführung keine Produktionsverhältnisse wollte, die sie selbst in Abhängigkeit bringt von der Konsumkraft der breiten Massen, so wäre sie durch die Zwangsläufigkeit der technischen Entwicklung doch dazu gezwungen. Das ist die neue Seite der sozialen Klassenverhältnisse, daß der Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital die Abhängigkeit des Kapitals vom Arbeiterkonsumenten an die Seite wächst.

Das Mittel zur Entfaltung des Massenkonsums ist der Arbeitslohn, der unmittelbar die Kaufkraft von zwei Dritteln der Bevölkerung bestimmt. Es handelt sich nicht darum, daß irgendwo aus dem Nichts ein größerer Lohnfonds hervorgezaubert werden soll, sondern nur um eine andere Verteilung des Sozialprodukts zugunsten des Lohnes. Der Lohnanteil unter den Gesehungskosten und in den Warenpreisen muß erhöht werden, und das kann gelingen durch Zusammenpressen der andern Kostenfaktoren. Wenn das geschieht, werden gleich von zwei Seiten aus produktionssteigernde Wirkungen ausgelöst: einmal durch die steigende Nachfrage der Massenkonsumenten und durch vergrößerte Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit der besser versorgten Arbeiter, zum andern durch die Verbesserung der betrieblichen Arbeitsmethoden, die erzwungen werden, wenn die Spanne zwischen Lohnanteil und Gesamtkosten unter Druck gesetzt wird. Lohn erhöhungen und die dadurch bewirkten Verbrauchssteigerungen wirken produktiv und tragen damit in sich selbst die Mittel zu ihrer Befriedigung.

Wir beantworten also die Frage, ob wir arm sein müssen, mit einem entschiedenen Nein. Angesichts des vorhandenen leeren Raumes zwischen Produktionskapazität und wirklicher Produktion, angesichts der Tatsache, daß auch die Produktionskapazität auf allen wichtigen Gebieten der Gütererzeugung schon nach dem heutigen Stand der arbeitswissenschaftlichen Ergebnisse noch unüberschaubar ausgedehnt werden könnte, ist Armut kein ökonomisches Muß, sondern eine soziale Krankheit, deren Heilbarkeit auch schon im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft außer Zweifel steht.

Aus unserm Beruf

Kollege Paul Apitz gestorben.

Am 20. März ist Kollege Paul Apitz, der frühere Vorsitzende der Filiale Hamburg, aus dem Leben geschieden. In Braunschweig und Hamburg stand Kollege Apitz lange Jahre mit an der Spitze unserer Organisation. Als er viele Jahre vor dem Krieg nach Hamburg kam, nahm er sich besonders der Organisation seiner engeren Berufskollegen, der Lackierer, an. Viele Jahre war er Sektionsvorsitzender und wirkte mit Erfolg in der Lackiererbewegung. Später wurde er zum besoldeten Vorsitzenden der Filiale Hamburg gewählt. Dieses Amt hatte er bis zu seiner Einberufung zum Kriegsdienst im Jahre 1916 inne. Nach Beendigung des Krieges kehrte Kollege Apitz zunächst wieder zur praktischen Ausübung seines Berufes zurück. Aber sein innerer Drang, sich ganz der Arbeiterbewegung wieder zu widmen, ließ ihn nicht ruhen. Er legte sein Stadterordnetenmandat in Altona nieder und folgte einem Ruf als Parteisekretär nach Ostpreußen. Bald aber kehrte er zur Gewerkschaftsbewegung zurück und trat als Agitator und Gauleiter in den Dienst des Landarbeiterverbandes. Im Kreise Nohdrungen in Ostpreußen hatte er sein schwer zu bearbeitendes Wirkungsfeld. Er hat es trotz aller Schwierigkeiten mit Erfolg bearbeitet. Die Freude und Genugtuung über seine Erfolge ließen ihn auch alle Widerwärtigkeiten, Schicksalsschläge und die großen, mit seinem Dienst verbundenen Strapazen überwinden. Vor nicht langer Zeit kehrte er als kranker Mann nach Altona zurück. Die letzten Jahre seines Lebens wollte er hier mit seiner zweiten Lebensgefährtin verbringen. Nun hat der Tod den erst 53jährigen abgerufen aus einem arbeitsreichen Leben.

Am 22. März gab ihm eine kleine Schar alter Verbandskollegen das letzte Geleit, wobei auch der Landarbeiterverband vertreten war. Wir werden das Andenken Paul Apitz' in Ehren halten.

Berlin. In der Delegiertenversammlung erstattete Kollege Schlemann den Jahresbericht für 1927, dem wir unter anderem folgendes entnehmen: Die Geschäftslage war großen Schwankungen unterworfen. Ständig war eine große Zahl Kollegen beim Nachweis eingetragen. Die Arbeitsdauer bei früher gut beschäftigten Firmen war unbefriedigend. Sehr gute, sonst ständig in Arbeit stehende Fachkräfte hatten 12- bis 15fachen Stellenwechsel zu verzeichnen. So drückte unser Kleingewerbe mit allen seinen Schattenseiten dem Arbeitsmarkt des Malergewerbes seinen Stempel auf. Die Arbeitsvermittlung ist auf die Dauer in ihrer jetzigen Form unhaltbar. Das Klinkenputzen bei Mittel- und Großfirmen ist zur Regel geworden. Ergebnisse für Bessergestaltung durch das Ortstarifamt waren nicht zu erzielen, so daß der Vorstand eingreifen mußte. Versammlungen, die als Tagesordnung die Tarifgestaltung des Baugewerbes hatten, waren gut besucht. Bei Einleitung und nach Abschluß der Tarifverhandlungen war in allen grundsätzlichen Fragen die gesamte Kollegenschaft Berlins einer Meinung. Die hierzu gefassten Beschlüsse erfolgten nahezu einstimmig. Ebenso wurde der Verhandlungskommission einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Für Groß-Berlin erhöhte sich ab 30. April 1927 der Lohn um 7 %, ab 1. Oktober 1927 um weitere 3 %, also insgesamt um 10 % pro Stunde. Der Ausgang der Tarifverhandlungen ist ständig ein Gradmesser für die Stärke der Organisation. Nur festgesetzte Organisationen können mit oder ohne Schlichter befriedigende Verhandlungsergebnisse zeitigen. Am meisten schimpfen schlecht organisierte Gruppen über die Schlichtungsinstanzen, vergessen aber dabei, daß organisatorische Schwäche kein Druckmittel für die Schlichter ist. Die Neugestaltung der Arbeitsgerichtsbarkeit und der Erwerbslosenfürsorgeordnung wurde rechtzeitig in unserm Mitteilungsblatt sowie in Mitgliederversammlungen behandelt. Die Beschlüsse unserer Verbandstages fanden gleichfalls die Billigung der Mitglieder. Zur Behandlung von Organisations- und Agitationsfragen wurden 5 Betriebsräte- und Vertrauensmännerversammlungen abgehalten. 4 Ortsverwaltungsstellen besaßen sich mit demselben Thema. In 216 Betriebsversammlungen waren Vorstandskollegen anwesend. Der Niederschlag dieser Werbetätigkeit brachte im Berichtsjahr 1586 Neuaufnahmen; wenn trotzdem wieder Abgänge zu verzeichnen sind, kann dies nur dadurch unterbunden werden, daß auf den Arbeitsstellen ständig Buchkontrollen stattfinden und die Lohnsteuer an die Pflicht der Beitragszahlung erinnert werden. — Die Unfall- und Berufsgesunden fordern verschärften Gesundheitsschutz. Die von der Filiale sehr oft geforderte Mitwirkung der Gewerbeaufsichtsbehörden zu Betriebs- und Arbeitsstellenbesichtigungen konnten von dieser nur zum Teil erfüllt werden, weil der Personalmangel dieser Behörden feststehende Tatsache ist. In Berlin hat jeder Gewerbeaufsichtsbeamte eine tägliche Besichtigungsquote von 70 Firmen zu erledigen. Was hierbei herauskommt, ist jedem Kenner der Dinge klar. Der Filialvorstand hat, um diesen unhaltbaren Zustand zu bejagen, sich mit dem sozialpolitischen Ausschuß der SPD. des Landtags in Verbindung gesetzt und erreicht, daß im neuen Etatsjahr eine Bessergestaltung eintritt. All dieses genügt zum Gesundheits- und Unfallschutz bei weitem nicht. Die Zahl der Toten und Verkrüppelten durch Berufsgesunden ruft jeden Kollegen zur

* Der nachstehende Aufsatz ist das Schlußkapitel der Schrift „Warum arm sein?“, die der bekannte Gewerkschaftsführer in der von Kurt Schumacher herausgegebenen Schriftenreihe „Gewerkschaften und Wirtschaft“ (Heft 3) veröffentlicht hat. Die Schrift ist zum Organisationspreis von 1 A. von der Verlagsanstalt „Der Arbeiter“ in Berlin S. 14, Inselstr. 6a, zu beziehen.

Mitarbeit an der Beseitigung dieser Mißstände auf. Mit dem für unser Gewerbe wohl größten Arbeitgeber, der Stadt Berlin, wurde besonders verhandelt in der Frage des Bauarbeiterlohnes und der Unterbindung der Weiterarbeit. Durch ständige Anforderung der Berufskontrollen sowie der Baupolizei konnte verschärfte Arbeitsausführung durchgesetzt werden. Der Fiskusvorstand wird auch in Zukunft diesen für das Gesamtgewerbe wichtigen Gebieten, besondere Beachtung schenken. Durch Verarbeitung giftiger Farben oder Erhaltungsfarben, durch die Einführung der Spritztechnik und die bekannte Gefahr auf den Arbeitsstellen steigt die Krankheitsziffer stark an. Leider fehlte die früher von der Ortskrankenkasse Berlin geführte Unfall- und Krankenkassensatzung des Malergewerbes; ebenso fehlen die entsprechenden Schutzvorschriften über hygienisch einwandfreie Spritzräume und das Stellen von geeigneter Berufskleidung. Hinzu kommt, daß durch Verarbeitung minderwertiger Erhaltungsfarben eine große Zahl schwerer Hauterkrankungen zu verzeichnen ist. In einem Rundschreiben gab die Firma Siemens, der größte Industriekonzern, den einzelnen Abteilungen bekannt, daß durch Verwendung der „Rostschwarzfarbe Innor“ der einen Probenanstrich ausführende Meister nach wenigen Stunden schwer erkrankte. Die Untersuchung der Farbe ergab, daß „Formalin“ enthalten war. „Formalin“ gibt giftige Dämpfe, die unter Umständen tödlich wirken können. Hersteller dieser Rostschwarzfarbe ist die Firma Haco, Chemische Fabrik, Graefelfing bei München. Viele Erhaltungsfarben tauchen ständig unter neuem Namen auf und bedrohen Leben und Gesundheit der Kollegen. In einem Verzeichnis von 32 Beschäftigten waren 14 bleibend krank. Schwer hält es, die Firmen zu veranlassen, ärztliche Untersuchungen der mit giftigen Farben Beschäftigten durchzuführen. Bei Hauterkrankungen empfehlen die Ärzte durchweg Berufswechsel. Was das in Zeiten der Krise zu bedeuten hat, braucht nicht besonders betont zu werden. Den Kollegen sei nur ein Ausspruch eines Direktors des Vorkriegs-Werkes unterbreitet, als ein Erkrankter seine Erkrankung auf Verarbeitung minderwertiger Erhaltungsfarben bei Vorkrieg zurückführte und nun auf Grund des ärztlichen Urteils andere Beschäftigung im Betriebe erbat. Die Antwort war: „Wenn Sie erkrankt sind, haben Sie den Betrieb zu verlassen. Es gibt auf dem Arbeitsmarkt genügend Arbeitskräfte, um Ihre Stelle zu besetzen.“ Kommentar überflüssig. Mit Annahmen und dem Arbeitgeberverband wurde mehrfach über Arbeitsbeschaffung verhandelt. An Bezirks-, Kommunal- und Staatsbehörden sowie an Privatvertragsgeber ergingen Schreiben zwecks Arbeitsbeschaffung. Das Ortsratsamt wurde mehrfach zur Nachprüfung ausgeführter Arbeiten in Anspruch genommen. Leider wird durch niedrige Akkordvereinbarungen der Privatarbeit Vorschub geleistet. Hier hat die Organisation noch große Arbeit zu leisten, wenn eine Gesundung des Gewerbes und die Beseitigung der Puscharbeit erfolgen soll. Die Vertretung auf den Arbeitsgerichten nahm viel Zeit in Anspruch. Eigenartig ist, daß die Mehrzahl der Klagen auf Zahlung der Lohnrückstände war. Es muß als selbstverständlich gelten, daß gerechte Lohnzahlung zu erfolgen hat; Schwindelfirmen können nur durch Arbeitseinstellung beseitigt werden. Die aufblühende Lehrlingszucht hat viele Differenzen mit den Meistern gebracht. Ueberlange Arbeitszeit, Nichtbezahlung von Kostgeld waren Verhandlungsgegenstände der Klagen. Auch hier mußten, durch die Organisation veranlaßt, die Gewerbeaufsichtsbehörden eingreifen. Dem Jugendschutz muß besonders Beachtung im Gewerbe entgegengebracht werden. Die Lehrlingsabteilung hat sich langsam, aber gut entwickelt. Behandlung von Fachfragen, Besichtigungen in Berliner Museen unter sachmännlicher Führung, Vorträge von Gewerbelehrern über Schulfragen wurden in Zusammenkünften behandelt. Einige Vorträge behandelten den Jugendschutz und den um diesen ständig geführten Kampf der Organisation. Die Geschichte der Malerei sowie Entstehung und Tätigkeit unseres Verbandes fanden lebhaftes Interesse der Jugendlichen. Auf den Arbeitsstellen haben die Kollegen die Pflicht, auf das Bestehen der Jugendgruppe hinzuwirken und für deren Stärkung zu sorgen. Die Küchenmöbelbranche ist gut organisiert, was leider von der Lackiererei nicht gesagt werden kann. In der Metallindustrie ist noch ein großes Agitationsfeld zu beachten. In dieser Kategorie bewährte sich auch der alte Satz, daß schlecht organisierte Gruppen auch die niedrigste Entlohnung haben. Die Lackierer und Anstreicher der Metallindustrie könnten, wenn ein besseres Organisationsverhältnis vorhanden wäre, bei dem jetzt bestehenden karriösen Zustand der Metallindustrie wesentliches zur Besserstellung der Löhne durchdrücken, wenn bessere Organisation vorhanden wäre. Einzelne Fachgruppen, die gut organisiert sind, haben auch innerhalb der Metallindustrie durch Angriffskämpfe Wesentliches erreicht. Im kommenden Jahre muß auch hier die Agitation besser einsetzen, um diese Gruppen auf die frühere Höhe und dadurch auf eine bessere Lohngestaltung zu bringen. Die im Maler- und Lackierergewerbe eingeführte Spritztechnik hat sich, auch wenn geeignete Geräte die Maschine bedienen, nur zum Teil bewährt. Allerdings befindet sich die Spritztechnik in der Entwicklung, und ein endgültiges Urteil über sie läßt sich noch nicht abgeben. Ein Teil der Betriebe, die anfangs Spritzenthusiasten waren, haben ihre Maschinen wieder in die Ecke gestellt und arbeiten wieder mit Handbetrieb. Andere Firmen gehen trotz Bezahlung hohen Lehrgeldes von der Spritztechnik nicht ab. Die Organisationsentwicklung wird auch diesem Gebiet ständige Beachtung schenken müssen. Zum Schluß wollen wir betonen, daß alle gewerkschaftlich errungenen Vorteile nur erhalten werden können, wenn auch der Einfluß der Arbeiterparteien in den Parlamenten ein derartig starker wird, daß zweckentsprechende Beschlüsse beschließen und durchgeführt werden können. Das Wahljahr 1928 bietet hierzu besondere Gelegenheiten. Jeder fernstehende Berufskämpfer muß der Organisation Aufmerksamkeit widmen. Die schweren Arbeitskämpfe der letzten Jahre zeigen, daß das Wirtschaftsbild auf Sturm steht. Aber Entschlossenheit gegenüber gerufen zu sein, ist das Beste der Stunde.

In der Diskussion wurde allseitig die Tätigkeit der Organisationsleitung anerkannt. Die Angestellten wurden einstimmig bedankt, ebenso die nicht besetzten Vorstandsmitglieder.



Berufsunfälle

Elsfeld. Ein trauriger Unfall passierte infolge einer Verwechslung am 13. März unsern Kollegen Rößing. Kollege R. war in einer Villa beschäftigt, bekam dort jeden Morgen eine Flasche Bier. In einer anderen Bierflasche hatte man Salzsäure abgefüllt und diese unbegrifflicherweise neben die Bierflasche gestellt. Die beiden Flaschen wurden beim Trinken verwechselt. Kollege R. trank einen Schluck Salzsäure. Trotzdem sofort Gegenmaßnahmen getroffen wurden, starb Kollege R. schon nach einigen Stunden unter furchtbaren Qualen. — Dieser Unglücksfall ist so tragisch, daß nicht genug davor gewarnt werden kann, in Bierflaschen oder dergleichen Säuren aufzubewahren. Ist dieses dennoch nicht zu umgehen, so muß unbedingt eine solche Flasche gekennzeichnet werden. Möge allen Kollegen dieser Unglücksfall zur Warnung dienen!

Hannover. Am 9. März stürzte infolge Bruchs einer Leiterpfoste der Kollege Rob. Wenk ab und erlitt erhebliche Arm- und Rippenverletzungen. Das ist innerhalb zweier Monate der dritte Unfall, der auf schadhafte Trittleitern zurückzuführen ist. Alle drei Unfälle sind sehr ernst, darum ist allen Kollegen dringend zu raten: Präventivleitern und Gerüste auf ihre Brauchbarkeit!

Kollegen, meldet jeden Betriebsunfall an! Der Betriebsunternehmer hat jeden Unfall in seinem Betriebe der Berufsgenossenschaft anzuzeigen, wenn durch den Unfall ein in Betriebe Beschäftigter getötet oder verletzt wird, daß er stirbt oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig wird. Der Betriebsunternehmer muß den Unfall binnen drei Tagen anzeigen, sobald er Kenntnis von dem Unfall erlangt hat. Außer der Erstattung der Anzeige über den Unfall durch den Arbeitgeber muß die Ortspolizeibehörde den Hergang des Unfalles untersuchen. Auch die Krankenkasse muß jede Krankheit, die auf einen Unfall zurückzuführen ist, der Berufsgenossenschaft anzeigen. Unternehmer und Krankenkassen sind aber erst dann in der Lage, den Unfall dem Träger der Unfallversicherung zu melden, wenn die Verletzten selbst dem Unternehmer unverzüglich von dem Unfall Kenntnis geben. Durch die sofortige Benachrichtigung des Arbeitgebers über den Hergang des Unfalles wird sich viel Streit aus dem Wege räumen lassen. Es ist dann möglich, sofort die Zeugen zu hören und den Hergang des Unfalles genau festzuhalten. Unterbleibt die Nachricht des Verletzten an den Arbeitgeber, dann wird in vielen Fällen erst später untersucht, wie sich der Unfall ereignet hat. Zumeist sind dann keine Zeugen mehr vorhanden oder Betriebsrichtungen verändert, so daß es vielfach nicht möglich ist, nachzuweisen, daß tatsächlich ein Betriebsunfall vorliegt. Der Leidtragende bleibt dann der Verletzte oder seine Hinterbliebenen. Deshalb meldet jeden Betriebsunfall, wenn er auch geringfügig erscheint, dem Betriebsunternehmer. —

Baugewerbliches

Soziale Bauwirtschaft. Es erscheinen monatlich zwei Hefte. Bezugsgebühr für Gewerkschafter monatlich 0,50 M. Verlag: Verlagsgesellschaft des DGB, m. b. H., Berlin S. 14. Wenn im Mittelalter ein Bauhüttenmann das Unglück hatte, bei der Verarbeitung einen Stein zu verpfänden, dann wurde der „Bernhardt“, so hieß ein solcher Stein, mit feierlichem Gepränge befestigt und im Anschluß an diese Bestattung fand eine fröhliche Leichenfeier statt. Dieser alte zähe Bauhüttengeist ist auch bei den neuen Bauhüttenmännern wieder entstanden. Einzelne Fehlschläge entmutigen sie nicht, sondern spornen sie zu neuer Tätigkeit und zu neuem Schaffen an. In Heft 5 der „Sozialen Bauwirtschaft“ werden die Leser ganz offen und rückhaltlos über die Gründe des Zusammenbruchs einiger Bauhütten unterrichtet. Wenn die Leitung einiger Betriebe verlagte, so ist das kein Grund zum Verzagen, sondern ein gewichtiger Grund, geeignete Kräfte heranzuziehen und heranzubilden. Zu diesem Zweck wurde eine Bauhüttenakademie geschaffen, in deren erstem Kursus bereits 13 Techniker auf allen Gebieten einer wirtschaftlichen Betriebsführung ausgebildet wurden. Das wird von größter Tragweite nicht nur für die Bau-

hüttenbewegung allein sein. Eine vernünftige Rationalisierung, von der A. Eilinger im Leitartikel der erwähnten Nummer spricht, wird sich allgemein durchsetzen und durch die Steigerung des Produktionsertrages Grundlage für eine bessere Lebenshaltung der arbeitenden Menschen geben. Auch für den Wohnungsbau ist Rationalisierung zur Verbilligung des Bauens nötig. Das beweist die im gleichen Heft abgedruckte Feststellung der bekannten Großindustriellen und Volkswirte, Max Bahr, über die grauenhaften durch die Wohnungsgeschaffenen Zustände, nach denen etwa 1.260.000 Familien mehr als in der Vorkriegszeit in die Wohnungen anderer Familien hineingepfercht werden müssen. Professor A. v. Harnack gibt in einer gleichfalls abgedruckten Äußerung unumwunden zu, daß Deutschland physisch und moralisch zugrunde gehen werde, wenn die gegenwärtig herrschenden Zustände fortauern sollten. Das Heft enthält weiter noch eine ausführliche Lehrlingsstatistik der Bauhütten, aus der sich die wertvolle Tätigkeit der Bauhüttenbetriebe für die Ausbildung des Nachwuchses Baugewerbe ergibt.

Gewerkschaftliches

Vorsicht bei Versicherungsabschlüssen! Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erließ in seinen Bundes-Mitteilungen für die Ortsausschüsse die Aufforderung, der wir folgendes entnehmen:

Um sich in den Arbeiterfamilien gut einzuführen, wird von einigen Versicherungsagenten als besonderes Mittel darauf verwiesen, daß hinter ihrer Gesellschaft Gewerkschaften ständen. Dieser Sachverhalt gebietet darauf hinzuweisen, daß ein solches Verhalten eine mißbräuchliche Ausnutzung des gewerkschaftlichen Ansehens ist, zu der keiner dieser Agenten eine Berechtigung hat. Unsere Gewerkschaften haben gemeinsam mit dem Zentralverband der Konsumgenossenschaften die „Volkshilfe“ als eigenes Versicherungsunternehmen geschaffen. Die Versicherungsbedingungen dieses gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsunternehmens werden an Liberalität von keiner anderen Versicherungsgesellschaft übertroffen. Jede Verurteilung darauf, daß die Gewerkschaft hinter einer anderen Versicherungsgesellschaft als „Volkshilfe“ ständen, ist nur eine Spekulation auf die leider immer noch vorhandene Unwissenheit breiter Arbeiterschichten. Wir ersuchen deshalb die Ortsausschüsse dafür zu sorgen, daß endlich Klarheit darüber geschaffen wird, daß nur die „Volkshilfe“ als gewerkschaftliches Versicherungsunternehmen in Betracht kommt.

Der Bundesauschuß des DGB trat am 20. März im Gewerkschaftshaus zu seiner 11. Sitzung zusammen. Leipart eröffnete die Sitzung, indem er der führenden Persönlichkeiten gedachte, die seit der letzten Tagung des Bundesauschusses der Gewerkschaftsbewegung entlassen worden sind: Hermann Silberstein, Josef Diermeier, Gustav Link, Langner und Busch. Er würdigte auch in kurzen Worten die großen Verdienste Hermann Molkenbuhrs um die deutsche Sozialpolitik und Karl Dürrs um den Internationalen Gewerkschaftsbund.

Leipart erstattete nun Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes in den abgelaufenen Monaten. Die Reihe großer Bewegungen, die im letzten Vierteljahr stattgefunden haben, hat weite Kreise in Deutschland in Ruhe versetzt. Der Bundesvorstand hat sich eingehend mit ihnen beschäftigt. Er hat anerkannt, daß die Öffentlichkeit bei der weitgreifenden Bedeutung dieser Kämpfe von den Gewerkschaften über die Ziele und Beweggründe informiert werden müsse. Er hat auch selbst Pressekonferenzen veranstaltet. Anlaß zur Beunruhigung, zur Besorgnis geben diese Bewegungen nicht. Sie sind keine Gefahr für die Wirtschaft; ihre Häufung ist auch nicht bedenklich für die Gewerkschaftsbewegung. Aktiv eingetreten kann der Bundesvorstand nicht.

Der Vorsitzende ging im weiteren Verlauf seines Berichtes auf eine Reihe von Eingaben des Bundesvorstandes ein. Am 6. Februar hat der Bundesvorstand an die Reichsregierung die Forderung gerichtet, die Gewerkschaften zu den Ausschüssen hinzuziehen, die sich, wie die Konferenz der Länder im Januar beschlossen hat, mit den Fragen der Verwaltungsreform beschäftigen sollen. Der Bundesvorstand hat eine Gegendenklage gegen die Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über den Wohnungsbau eingereicht. Während die an die Länderparlamente und Regierungen gerichtete Eingabe des Bundesvorstandes über die Errichtung von Lehrstühlen für Sozialhygiene an den Universitäten von Preussischen und Bayerischen Landtage den Staatsregierungen zur Berücksichtigung und Würdigung durch Beschluß übergeben ist, haben die Universitäten sich ablehnend geäußert.

Die Verhandlungen über Mißstände bei der Durchführung der Verordnung vom 12. Mai 1925 über Berufskrankheiten sind mit dem Reichsversicherungsamt noch im Gange. Der Bundesvorstand hat für die Reichsverordnungsausschuß zwei Vertreter ernannt. Dem Kuratorium der Ausstellung „Die Ernährung“ gehört ebenfalls ein Vertreter des Bundesvorstandes an. Das Institut für Arbeiterphysiologie, an dem der Bundesvorstand finanziell beteiligt ist, wird nach Dortmund übersiedeln. Im Verwaltungsrat des Instituts ist der Bundesvorstand durch Leipart vertreten; außerdem hat auch der Ortsauschuß Dortmund einen Vertreter im Verwaltungsrat.

In der letzten Sitzung des Bundesauschusses wurde der lohnpolitische Ausschuß beauftragt, die Kompetenz der Einzelverbände beim Abschluß von Tarifverträgen zu klären, da sich eine Reihe sehr unerfreulicher Streitigkeiten zwischen verschiedenen Verbänden entwickelt hatten. Der lohnpolitische Ausschuß empfiehlt dem Bundesauschuß folgendes zu beschließen: „Die Einzelverbände sind verpflichtet, beim Abschluß von Tarifverträgen, deren Geltungsbereich auf die Be-

Die Treasuries werden die Feinde der Menschheit sein: in ihnen wird, losgelöst von jeder Konvention und Gütigkeit, der freie, harte und schone Mensch die Wunden und Schmerzen seiner Liebe heilen, würdig und erhaben das große Liebesopfer seines Todes vollziehen. (Die Kunst und die Revolution.)

zweck zu beschränken, für die ihre organisatorische

Leipart's Bericht wurde ohne Debatte zur Kenntnis

Dann nahm der zweite Vorsitzende Graßmann

Leipart teilt mit, daß die Landeszentralen inzwischen

In der anschließenden Debatte ergab sich als ein-

Anschließend berichtete Schlimme im Auftrage der

Diese Spannung gestaltet den einzelnen Verbänden viel-

In der Aussprache wird beklagt, daß noch so wenig

Alle Redner erklärten die Bereitschaft ihrer Verbände,

Nach einem Schlußwort von Schlimme stellte

Der Nutzen durch den Verband. Vor dem Landes-

Arbeitsericht Essen steht ein organisierter Arbeiter mit

könnten ohne Gewerkschaft durchs Leben kommen. Was

Sozialpolitisches

Merkmale der Konjunktur. Ueberblickt man die

Wem nutzen die billigen Viehpreise? Der Landwirt

Table with 2 columns: Animal type and price range for 1913 and 1928.

Die Viehpreise liegen teilweise unter denen der Vor-

Der Kampf um die unumgekehrte Marktbeherr-

könnte gerade jetzt eine solche Hilfe sehr gut gebrauchen.

Die J. G. Farbenindustrie hat kürzlich ein Kartellab-

Aus den Arbeitsgerichten

Betriebsratswahl. Bekanntlich dürfen nach dem Be-

Das Landesarbeitsgericht Berlin hat jedoch dem Ar-

rd. Hat der Arbeitgeber bei Betriebsstockungen Lohn

zu zahlen? Das Landesarbeitsgericht Jena hatte die Frage

Polizei und Gerichte

Die Firma „Nitro-Lack G. m. b. H.“ stellte bei Gericht

Im Gegensatz zu den beiden ersten Instanzen hat das

ausgezeichnet. Den Kern der zuerst eingetragenen Firma bilden die Worte „Nitro-Lack“, und dieselben Worte bilden auch den Kern der beanstandeten Firma, und sie werden bei ihr durch Voransetzung der nahezu gleichlautenden Bezeichnung „Nitrola“ ganz besonders hervorgehoben und erheblich verstärkt. Es wird namentlich für das Gehör durch die Wiederholung der gleichen Laute der Eindruck der Identität der Firmen gesteigert, und es muß angenommen werden, daß die Wahl der gleichen beziehungsweise nahezu gleichlautenden Worte in bestimmter Absicht erfolgt ist — jedenfalls nicht, um die Unterscheidung der Firmen zu erleichtern. Als zur Unterscheidung der beiden Firmen dienlich können daher nur die Worte „Bayerische“ und „und Farben“ in Betracht kommen. Bezeichnungen wie „bayerisch, deutsch“ usw. sind aber im heutigen Geschäftsleben derart üblich geworden, daß regelmäßig darauf wenig geachtet wird. Der Zusatz „und Farben“ endlich erscheint gegenüber den Worten „Nitrola, Nitro-Lack“ als eine in keiner Weise hervortretende Ergänzung.

Uebrigens hat der Antragsteller durch Vorlegung verschiedener durch die Post falsch zugestellter Postfächer die Berechtigung seines Antrages dargelegt. (Bayer. Oberstes Landesgericht, III. 40. 27.) rd. (Nachdr. verb.)

Vom Ausland

Jens Jensen gestorben.

Im Alter von 68 Jahren ist Jens Jensen, der als Oberpräsident von Kopenhagen eines der repräsentativsten Aemter des Landes bekleidete, unerwartet schnell vom Tode ereilt worden. Der Verstorbene, von Beruf Maler, war nicht nur Mitbegründer und erster Vorsitzender der dänischen Landeszentrale, sondern auch einer der ersten, die den Gedanken einer regelmäßigen internationalen Zusammenarbeit zwischen den gewerkschaftlichen Landeszentralen vertraten.

Als Jensen im Jahre 1900 am Kongress der englischen Gewerkschaften teilnahm, unterhandelte er mit deren Generalsekretär in entscheidender Weise über die Notwendigkeit der Herstellung einer Verbindung zwischen den gewerkschaftlichen Landeszentralen der einzelnen Länder, wobei er vorschlug, anlässlich des im Jahre 1901 aberaumten skandinavischen Arbeiterkongresses in Kopenhagen die gewerkschaftlichen Landeszentralen Europas zur Abordnung von Vertretern einzuladen, was dann bekanntlich zum Gründungskongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes führte.

Obwohl Jensen die letzten 25 Jahre seines Lebens ausschliesslich der Gemeindetätigkeit in Kopenhagen widmete — die ersten 21 Jahre als Finanzbürgermeister, die letzten vier Jahre als Oberpräsident von Kopenhagen — schuldete die internationale Gewerkschaftsbewegung ihm als Vorkämpfer des Gedankens internationaler gewerkschaftlicher Zusammenarbeit ein ehrendes Nachdenken.

Ungarn. Das verflossene Jahr brachte unserer Kollegenschaft bis in den Sommer hinein grosse Arbeitslosigkeit. Die im Februar eingeleiteten Tarifverhandlungen endeten erst im Mai mit einem Vertragsabschluss auf 2 Jahre. Von August bis November herrschte dann eine gute Konjunktur. Die Zahl der beschäftigten Kollegen war 50% höher als 1926.

Die jahrelange Arbeitslosigkeit hat unsere Sektion materiell völlig erschöpft, daher mussten wir die Ausgaben stark reduzieren, teils sogar gänzlich abbauen. Zur Deckung der Ortsausgaben mussten wir den Beitrag um 6 Heller erhöhen, trotzdem reichte dies nicht, und so mussten wir denn die Sektionsunterstützung völlig einstellen. In Budapest beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 50 Stunden, der Stundenlohn 64, ferner 80 und 92 Heller; bessere Arbeiter erhalten 104 Heller, Hilfsarbeiter mit ein- bis zweijähriger Praxis 64 Heller, mit zwei- bis dreijähriger Praxis 80 Heller. Aushilfsarbeiter erhalten 10% mehr.

In Ungarn unterliegt jeder Arbeiter der Arbeiterversicherung, die sich auf Krankheit und Unfall erstreckt. Jeder gemeldete Kranke hat Anspruch auf ärztliche Behandlung. Unterstützung erhält er aber nur, wenn er nachweist, dass er in einem Jahre 6 Monate oder in 2 Jahren 12 Monate in Arbeit gestanden hat und zur Krankenkasse gemeldet war. In diesem Falle wird die Unterstützung bis zu 26 Wochen gewährt. Bei Unfällen erhalten die Arbeiter während der ärztlichen Behandlung Krankenunterstützung, später Invalidenunterstützung, die auf Grund des 60prozentigen Verdienstes des Verunglückten festgestellt wird.

Die Arbeitsvermittlung konnten wir immer noch nicht ausbauen, weil die meisten Kollegen von ihr keinen Gebrauch machen.

Die Organisationsarbeit war 1927 sehr erschwert, nicht nur weil unsere Bewegungsfreiheit sehr beschränkt ist, sondern auch wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse. Es traten im letzten Jahre 585 Kollegen dem Verbands bei. Die Aussichten für das Jahr 1928 sind vorläufig günstig.

Berichtendes

Stenographentag in Dresden. Am diesjährigen Osterfest versammelten sich die Vertreter des Arbeiter-Stenographen-Verbandes für das deutsche Sprachgebiet zu ihrer 2. Verbandstagung in Dresden. Der Grundstein des Verbandes wurde vor zwei Jahren in Magdeburg gelegt, indem sich die Arbeiterverbände nach Stolze-Schrey, Stenochographie und Rationalstenographie zusammenschlossen, um gemeinsam für die Schaffung einer Volksschrift zu wirken. Der Verband ist intertypisch, neben der Einheitskurzschrift sind in ihm alle Systeme vertreten. In den verflochtenen zwei Jahren wurden in den Ortsgruppen Karte sowohl in Einheitskurzschrift als auch im System Stolze-Schrey abgehalten. Dem Dresdener Verbandstag ist es vorbehalten, neue Wege zu suchen, um der Arbeiter-

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum . . .

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbig. Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

schaft die Kurzschrift näherzubringen. Alle diejenigen, die Interesse an dieser Frage haben, ganz gleich, ob sie ein Stenographensystem beherrschen oder nicht, wollen ihre Adresse dem Genossen Georg Schulze, Heidenau bei Dresden, Albertstraße 3, aufgeben.

Fachtechnisches

Anstrichtechnik und Wissenschaft.

Die Sprechabende des Fachausschusses für Anstrichtechnik beim Verein deutscher Ingenieure erfreuen sich wachsender Beachtung. Auch der letzte Sprechabend in Köln am 15. Februar 1928 war außerordentlich lebhaft; es beteiligten sich 12 Herren an ihm. Das einleitende Referat erstattete Dr. Rasquin, Köln, über das Thema „Neuzeitliche Spritzlackierung“. Er führte aus: Das Problem der Lackierung durch Aufspritzen ist an sich alt; neu ist aber seine Anwendung auf die Gebiete, die bisher durch den feinführenden Lackiermeister beherrscht wurden, nämlich in der Auto-, Wagen- und Möbelindustrie. Hier gewinnt das Arbeitsgebiet der Spritzpistole langsam Boden. Die unvermeidlichen Kinderkrankheiten sind heute im wesentlichen überwunden. Das Aufkommen der nicht mit dem Pinsel zu verarbeitenden Nitrozelluloselacke hat die Spritzlackierung weitgehend gefördert. Günstig war für die Einführung der Spritzlackierung ferner die jüngste technische Entwicklung im Fahrzeugbau, die ein viel rascheres Lackieren verlangte. Heute haben sich für die Spritzlackierung gewisse Erfahrungen und Erkenntnisse herausgestellt, die man etwa folgendermaßen zusammenfassen kann: Die Einrichtung einer Spritzanlage ist noch nicht wirtschaftlich für den kleinen Handwerker, aber sie ist unerlässlich für den modernen Großbetrieb. Die Befürchtungen der gelehrten Handwerker, daß die Spritzlackierung eine Gefährdung der Berufsinteressen im Sinne einer Ausschaltung darstelle, haben sich als unbegründet erwiesen; denn auch das Umgehen mit einer Spritzeinrichtung und das Lackieren mit Spritzlacken erfordert sorgfältigste Ausbildung, Übung und Geschicklichkeit. Das Lackieren im Spritzverfahren kann nur dann Erfolge zeitigen, wenn die Einrichtung technisch vollkommen ist und höchsten Ansprüchen genügt, und wenn der verarbeitete Lack einwandfrei ist. Größe und Leistung der Absaugvorrichtung müssen im richtigen Verhältnis zur Spritzraumgröße stehen, ebenso auch Kompressorgröße zur Anzahl der gleichzeitig arbeitenden Spritzpistolen. Auch der Motor darf nicht etwa aus Sparsamkeitsrücksichten zu klein gewählt werden. Funken-sichere Anlage des Motors, am besten vom Spritzraum getrennt, ist wegen der Brandgefahr erforderlich. Die Anbringung des Öl- und Wasserabscheiders, möglichst kurz vor der Pistole, darf ebensowenig vergessen werden wie die Einschaltung eines Vorwärmers für die Luft. Der Luftdruck muß sich jederzeit durch einfache Handgriffe regeln lassen. Besonders wichtig bleibt selbstverständlich die Handhabung und Erprobung der Spritzpistole selbst. Hier kann bei der unterschiedlichen Konstruktion der zahlreichen am Markt befindlichen Pistolen jeweilig nur der praktische Versuch entscheiden.

Die Lackfrage ist von gleicher Bedeutung für den Fabrikanten wie für den Verbraucher. Grundsätzliches Erfordernis ist, daß der Lack bei dem angegebenen Druck leicht spritzfähig ist. Dabei muß der Druck je nach der

Art des Lacks eingestellt werden; er muß also beispielsweise beim Spachtelspritzen höher sein als beim Arbeiten farbigen Lacks. Die Prüfung des Lacks auf Wirtschaftlichkeit, also besonders auf Ausgiebigkeit, kann sehr einfach geschehen, indem man die Spritzpistole in Farbbehälter beziehungsweise bei großen Gegenständen den Farbtropf vor und nach dem Gebrauch wiegt. Der Verbrauch ist dann zur gespritzten Fläche in Beziehung zu setzen. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß infolge individueller Verschiedenheit in der Technik des Spritzens sehr stark voneinander abweichende Ergebnisse möglich sind. Technische Verbesserungen der Spritzlackierung sind zweifellos noch möglich und erstrebenswert. Es wären etwa zu suchen in der Herstellung kleinerer, weniger kostspieliger Modelle, in der Herstellung fahrbarer Anlagen, in der Vermeidung langer Schlauchleitungen usw. Was die Spritzpistole selbst anbetrifft, so werden ständig neue Modelle mit kombinierten Breit- und Rundstrahlköpfen entworfen. Auch in sozialer Hinsicht wird durch die Einführung der Kopfschutzhelme mit Frischluftzuführung für den Schutz des Arbeiters gesorgt.

Im Anschluß an diesen Vortrag wurde der spritztechnische Film des Fachausschusses gezeigt, der die Anwendung dieses Verfahrens in den Eisenbahnwerkstätten wiedergibt. An der Aussprache nahmen 20 Herren teil, wobei insbesondere von Angehörigen des Malerhandwerks zu der Einführung des Farbspritzverfahrens Stellung genommen wurde. Die im Vordergrund des Interesses stehende Befestigung der beim Spritzen auftretenden Farbnebel erfordert unbedingt die richtige Mitwirkung von Ingenieuren, Chemikern, Hygienikern und Handwerkern an der Gemeinschaftsarbeit. Der Fachausschuß begrüßt es mit besonderer Freude, daß die Sachkundigen in den Sprechabenden ihre Ansicht äußern. Der nächste Sprechabend des Fachausschusses findet in Verbindung mit dem Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk am Dienstag, 8. April 1928, 19.30 Uhr, in Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 17, im Vortragssaal des hiesigen Landesgewerbeamtes statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Vortrag von Diplomingenieur Meesch, Karlsruhe: „Bewertung der Anstrichmittel durch das Malerhandwerk“.
2. Vorführung eines Films über neuzeitliches mechanisches Lackieren in den Werkstätten der Deutschen Reichsbahn.
3. Aussprache.

Die Teilnahme ist allen Interessenten kostenlos gestattet.

Literarisches

Die Lebenshaltung der Angestellten. Der Allgemeine Angestelltenbund veröffentlichte in seiner Zeitschrift „Die Lebenshaltung der Angestellten“ die von Dr. Otto Eubr bearbeitete Untersuchung über die Lebenshaltung der Angestellten des Bundes und die Ergebnisse einer Statistik der tariflichen Durchschnittsgehälter. Die Arbeit ist besonders durch zahlreiche Beispiele mit anderen Erhebungen ähnlicher Art interessant und gibt ein umfassendes Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse der Angestellten. Die sorgfältig und gut ausgestattete Arbeit umfaßt 44 Seiten mit 12 umfangreichen Tabellen und 20 interessantesten graphischen Darstellungen. Die Broschüre zum Preise von 1 M durch den Freien Volksverlag, Berlin, W. 40, Weststr. 7, zu beziehen. Mitglieder der A. A. B. erhalten einen Vorzugspreis von 75 P.

Der Wahre Jacob. Illustrierte Zeitung für Satire, Humor und Unterhaltung. Erscheint vierzehntäglich und kann durch Post, Buchhandlungen oder den Verlag J. S. W. Dietz Nachf. Berlin SW 68, bezogen werden. Preis der Nummer 30 P.

Vom 1. bis 7. April ist die 14. Beitragswoche.
Vom 8. bis 14. April ist die 15. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Berlin. Am 11. März starb der Kollege Eduard Lehmann, geboren am 27. März 1863 in Berlin.

Danzig. Am 18. Dezember starb unser Kollege Alois Rosin im Alter von 38 Jahren an Tuberkulose.

Am 9. Januar starb nach langer Krankheit unser Kollege August Schönlke im Alter von 54 Jahren.

Elberfeld. Am 18. März starb infolge Unglücksfalls unser Kollege Artur Rössing, im Alter von 38 Jahren.

Königsberg. Am 15. März starb nach längerer Krankheit unser Kollege Gustav Schulz im Alter von 78 Jahren.

Wiesbaden. Es starben unsere treuen Kollegen: Peter Wiffler aus Niedrich am 29. Februar durch Unfall im Alter von 61 Jahren. — Philipp Wüst an Gehirnerkrankung im Alter von 64 Jahren. — August Berndt an Tuberkulose im Alter von 59 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Tüchtiger Holzmaler

in angenehme Dauerstellung sofort gesucht! Folgt & Palastmöbelfabrik, Finsterwalde N.-L.

DIE TECHNIK DER

HOLZMALEREI

12 FARBIGE TAFELN MIT 23 DARSTELLUNGEN, 17 ABBILDUNGEN U. INSTRUKTIVEN ERLÄUTERUNGEN MAPPE MIT TEXTTEIL - 18 MARK

Ansichtsexemplare liegen bei den Ortsverwaltungen aus. Bestellungen werden dort entgegengenommen oder vom Verlag: Fachblatt der Maler, Hamburg 36